

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 11. September 1897.

Inserate die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 30 J
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Internationaler Arbeiterschuttkongress in Zürich. — Von der preussischen Fabrikinspektion 1896. III. (Schl.) — Feuilleton: Die Arbeiter und der Teufel. — Internationaler Arbeiterschuttkongress in Zürich. — Zur Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Mitteilung über die vom 1. bis 31. August bei der Hauptkassa eingegangenen Gelder. — Korrespondenzen. — Aufruf an die Verwaltungsstellen der Provinz Sachsen und des Herzogthums Anhalt. — Vermischtes. — Litterarisches.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten: von Formern und Sieberearbeitern nach **Balk a. Rh.** (Stühlen), nach **Weslau** (Polstius) St.; nach **Parlaruh** (Haid & Neu), nach **Serlin** (Vornig) St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach **Erfurt** (Möser, Stenzen und Leistensabrik); von Klempnern nach **Erfurt** L.; nach **Sera**, Reuß i. L. u. S.; von Schlossbauern nach **Stuttgart** (Wöh & Co.); von Schlossern und Drehern nach **Leipzig-Gutritsch** (Grob & Co.) St.; von Metallschlägern nach **Dresden** (Georg Richter) D.; von Schleifern nach **Bielefeld** (Wär & Kempel); Fahrradbranche nach **Mühlhausen** (Widdefahrwerke); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Dänemark** U.; nach **Malmö** in Schweden (mech. Fabrik von Rodhum) St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L. heißt: Lohnbewegung; U. heißt: Aussperrung; D. heißt: Differenzen.)

Internationaler Arbeiterschuttkongress in Zürich.

Die Geschichte der sozialen Ideen und der Arbeiterschuttsgegebung ist um ein Ereignis reicher, denn der vom 23. bis 28. August in Zürich stattgefundene internationale Arbeiterschuttkongress ist ein geschichtliches Ereignis. Man darf ihm diese Bedeutung zuerkennen wegen seiner verschiedenartigen Zusammensetzung aus Vertretern verschiedener sozialer und politischer Richtungen, wegen seines Verlaufes und endlich wegen seiner Ergebnisse. Es finden ja alle Jahre zahlreiche internationale Kongresse, wie z. B. die der Friedensgesellschaften, statt, die auch eine Verschiedenheit der Zusammensetzung zeigen; aber die Teilnehmer dieser Kongresse befinden sich meistens in dem gleichen sozialen Milieu und bringen die im allgemeinen gleichen Grundanschauungen mit. Anders war es in Zürich. Dort waren auf dem internationalen Arbeiterschuttkongress Leute aus allen möglichen Lebensstellungen mit den verschiedensten Bildungsgraden, Leute mit entgegengesetzten religiösen, sozialen und politischen Anschauungen, Leute, die die Repräsentanten der beiden um die Geltung ringenden Weltanschauungen: der bürgerlichen und der sozialistischen waren; und diese Leute fanden sich auf dem Boden der alten und bewährten schweizerischen Demokratie zusammen, um gemeinschaftlich über die Aufgaben und Ziele der Arbeiterschuttsgegebung zu berathen, nachdem die Nothwendigkeit derselben von vorn herein durch die Theilnahme am Kongress anerkannt war. Das schweizerische Organisationskomitee hatte in seinem Einladungsschreiben erklärt, daß nur solche, die von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß das Eingreifen des Staates zu Gunsten der Arbeiterklasse durch Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Sonntagsarbeit, besondere Schutzbestimmungen für Frauen, junge Leute und Kinder berechtigt, nothwendig und dringend sei und die sich verpflichten, dafür einzutreten, zum Kongress eingeladen und zugelassen werden. Nicht darüber, ob staatlicher Arbeiterschutts berechtigt, nothwendig und dringlich sei, soll diskutiert werden, sondern nur über das Maß des Arbeiterschutts und über die Mittel zu seiner Verwirklichung.

Durch diese Bedingung zur Theilnahme am Kongress ist von vornherein jede unfruchtbare und zeitverwastende Diskussion zwischen fortschrittlicher Sozialpolitik und dem Manchestertum ausgeschlossen und

eine praktische Thätigkeit des Kongresses ermöglicht worden. Die Vertreter der verschiedenen Richtungen hatten damit einen gemeinsamen Boden gefunden, auf dem sie gemeinschaftlich zusammenarbeiten konnten. Wie verschieden die Richtungen, wie groß die sonstigen Gegensätze, die hier vertreten waren, erhellt aus der Gegenüberstellung der Baroness v. Bogelsang aus Wien mit der Frau Zeitlin, der Christlich-Sozialen und Antisemiten Armann und Bielschlägel aus Wien mit den Wiener Genossen Bernerstorfer und Dr. Adler, der katholischen Soziologen und der Sozialdemokraten in der Schweiz, der deutschen Ultramontanen mit den deutschen Sozialdemokraten usw. Daß die sonst als einseitig und ausschließlich verfaßte Sozialdemokratie in hervorragendem Maße sich an dem Kongress und seinen Verhandlungen betheiligte, ist eine wirkungsvolle Zurückweisung jener Vorwürfe.

Der internationale Arbeiterschuttkongress war in seiner verschiedenartigen Zusammensetzung das Abbild des schweizerischen Arbeiterbundes, von dem der Kongress einberufen und organisiert war. Die Anregung dazu hatte 1893 auf dem schweizerischen Arbeitertage in Biel der katholische Soziologe Dr. Deurkuns gegeben. Der Kongress ist somit zunächst ein Erfolg des schweizerischen Arbeiterbundes, in weiterem Sinne jedoch der Sozialdemokratie, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und des von ihr in bahnbrechender Weise hochgehaltenen sozialen Gedankens. Ohne Sozialdemokratie gäbe es keine katholischen Soziologen, keine Christlich-Sozialen, gäbe es keine Arbeiterschuttsgegebung und hätte es weder eine Berliner Arbeiterschuttkonferenz der Regierungen unter dem Patronat des deutschen Kaisers, noch hätte es 1897 in Zürich einen internationalen Arbeiterschuttkongress gegeben. Uebrigens war auch dieser offiziell befehligt, so vom schweizerischen Bundesrath, von acht schweizerischen Kantonsregierungen, von der Stadt Zürich und vom französischen Handelsministerium. Das Erscheinen von 500 Delegirten und Gästen aus den meisten europäischen Ländern und selbst aus Amerika und der von allen Seiten bekundete Ernst zur Mitwirkung an der Schaffung neuer und an dem Ausbau bestehender Arbeiterschuttsgeetze sind ferner überzeugende Beweise dafür, welche Macht der Gedanke der Arbeiterschuttsgegebung, der Hebung der arbeitenden Klassen aus der Tiefe, in die sie der Kapitalismus hinabgedrückt hat, zu einer lichtern Höhe, zu einem menschlichen und kulturellen Dasein, erlangt hat.

Auf der Tagesordnung des Kongresses standen die Sonntagsruhe, die Arbeit der Kinder und jungen Leute, die Arbeit der Frauen, die Arbeit erwachsener Männer, die Nachtarbeit und die Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben und endlich Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutts. Die vom Organisationskomitee bestellten Referenten waren ebenso wie die Mitglieder des Bureaus durchwegs Schweizer, tüchtige Leute, die ausnahmslos auf der Höhe der Situation standen. Ueber die verschiedenen Gegenstände, wie sie oben der Reihe nach angeführt sind, referirten der katholische Professor Dr. Beck von Freiburg (Schweiz) und Genosse Brandt in St. Gallen; Dr. Gehrig in Bern und Reimann in Biel; Sigg in Genf und Fr. Grenlich in Zürich, alles Sozialdemokraten; Genosse Lang in Zürich und der Eisenbahnersekretär Dr. Sourbet in Bern; Professor Dr. Grismann in Zürich, früher an der Moskauer Universität; der katholische Soziologe Dr. Deurkuns in Truns (Graubünden) und Regierungs- und Nationalrath Curti in St. Gallen. Die Referate waren fast durchwegs tüchtige und theilweise gründliche Arbeiten, so insbesondere die Beck's, Grismann's und Lang's.

Zu jedem Gegenstande hatten die Referenten sowie das Organisationskomitee Thesen oder Resolutionen

aufgestellt, die aber fast ausnahmslos wesentlich umgeändert wurden, sei es, daß sie eine schärfere und weitergehende oder nur eine präzisere Fassung erhielten.

Durchaus einig war der Kongress und kamen einmüthig gefaßte Beschlüsse zu Stande in den Fragen betreffend die Sonntagsruhe, wogegen nur die Engländer in Folge ihrer schlechten Erfahrungen mit dem puritanischen Sonntag Stellung nahmen und nur einfach einen Ruhetag verlangten; sodann in der Frage der Nachtarbeit und der Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben und endlich in der Frage, durch welche Mittel der vom Kongress geforderte Arbeiterschutts verwirklicht und durchgeführt werden kann. Wie die Nachtarbeit, so soll nach den Beschlüssen auch die Sonntagsarbeit für alle Kategorien von Lohnarbeitern und Angestellten verboten und nur ausnahmsweise gestattet werden für Verrichtung jener Arbeiten, die nothwendig sind, um die Wiederaufnahme des vollen Betriebes am Montag zu sichern oder bei denen der Produktionsprozeß aus technischen Gründen nicht unterbrochen werden kann, sowie für jene Arbeiten und Beschäftigungen, deren Weiterführung nothig ist, damit das Volk den Sonntag zu seiner Bildung und Erholung benutzen kann. Die Nachtarbeit darf übrigens auch ausnahmsweise nur für die Männer zugelassen werden, was übrigens bereits das schweizerische Fabrikgesetz vorschreibt, und nur mit der Zustimmung der Arbeiter. Ferner werden für die Nachtarbeit drei Schichten mit je acht Stunden gefordert. In gesundheitsgefährlichen Betrieben, die nur bei den besten Schutzeinrichtungen behördlich gestattet werden sollen, ist die Arbeit von Kindern, jungen Leuten und Frauen ausgeschlossen und insbesondere auch in den Bergwerken. Die tägliche Maximalarbeitszeit ist in den gesundheitsgefährlichen Betrieben unter dem gesetzlich bestimmten Maximalarbeitszeit zu halten. Bei außerordentlicher Gesundheitsgefährlichkeit eines Industriezweiges, wenn derselben auf keinerlei Weise technisch vorzubeugen ist, soll die Verwendung des schädlichen Stoffes verboten werden.

In der einstimmig angenommenen Resolution über die Verwirklichung des Arbeiterschutts sind besonders von den Einzelpunkten bemerkenswerth die Forderungen nach Gehilfen beider Geschlechter aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen für die Fabrikinspektion, weibliche Inspektoren, volles Koalitionsrecht, nach dem allgemeinen Wahlrecht, periodische Abhaltung von internationalen Arbeiterschuttkongressen, Errichtung eines internationalen Arbeiterschuttsamtes zc.

Die Beschlüsse über die andere Frage wurden nur durch Mehrheit gefaßt. Bezüglich des Schutzes der jungen Leute und Kinder war der strittige Punkt, der den Kongress in eine Mehrheit und Minderheit trennte, nicht der gesetzliche Schutz für diese Arbeiterkategorien, denn darüber war der ganze Kongress einig, sondern das Alter der zu schützenden Kinder. Die Minderheit wollte als Schutzzgrenze das 14., die Mehrheit das 15. Lebensjahr. Da erstere Altersgrenze in mehreren Ländern, so in der Schweiz, in Oesterreich und soweit die achtjährige Schulpflicht besteht, auch in Deutschland, bereits besteht, so hätte es keinen Zweck gehabt, das 14. Altersjahr zu postulieren, d. h. einen schon bestehenden Zustand überflüssiger Weise erst noch zu genehmigen.

Ähnlich ist es beim Schutze der Arbeit erwachsener Männer. Die Minderheit war mit der Mehrheit über die Nothwendigkeit des gesetzlichen Maximalarbeitszeitages einig, aber sie wollte nicht den Achtstundentag als Norm, sondern eine Abstufung nach der Intensität der Arbeit und nach dem Grade des Kräfteverbrauches bei der Arbeit, also 10, 9, 8 und 6 Stunden. Genosse Grillenberger wies bei nur fünfminütiger Redezeit die Unmöglichkeit der Durchführung einer

solchen Abstufung nach, zeigte, wie der Achtstundentag sich in öffentlichen und privaten Betrieben bereits auf's Beste bewährt habe, daß ihn die Arbeiterschaft als Maximalarbeitszeit fordere, die am Besten selbst wissen müsse, was ihr noth thut und endlich, daß man mit einem Kongreßbeschlusse nicht hinter dem zurückbleiben dürfe, was in der Praxis bereits als gut erprobt sei. Die Sozialdemokraten, die den Achtstundentag schon 1889 auf dem internationalen Kongreß in Paris als Ziel der Verkürzung der Arbeitszeit aufstellten und seitdem am 1. Mai jedes Jahres dafür demonstrieren, konnten konsequenterweise auch auf dem Arbeiterschuttkongreß in Zürich keine andere Stellung einnehmen. Daß sie aber den praktischen Bedürfnissen und Verhältnissen der Produktion Rechnung zu tragen wissen, zeigt die These 4 in der betreffenden Resolution, welche besagt, daß da, wo der Uebergang zum Achtstundentag zur Zeit nicht möglich erscheint, er mit dem Fortschreiten der Technik durch Einführung eines sich ihm möglichst nähernden Maximalarbeitstages vermittelt werden soll.

Prinzipielle Verschiedenheit mit dem scharfen Aneinanderprallen der Gegensätze kam bei der Frauenfrage zur Geltung, wobei die interessantesten und eingehendsten Debatten geführt wurden. Die Minderheit verlangte das Verbot der Frauenarbeit in den Bergwerken und Steinbrüchen, womit auch wir einverstanden, aber sie wollte es auf die Großindustrie im Ganzen angewandt wissen. Genosse Bebel sagte es den Antragstellern, daß sie mit dem Verbot die Wiederherstellung der kleinbürgerlichen Gesellschaft an Stelle der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung wollten, daß aber die Sozialdemokraten, die eine höhere sozialistische Gesellschaftsordnung anstreben, einem solchen Verbot nie und nimmer zustimmen können. Was sollte aus den arbeitenden Frauen werden, wenn ihre Arbeit in der Großindustrie verboten würde? Sie würden zur Hausindustriellen Arbeit gedrängt und noch ärger ausgebeutet und gesundheitlich geschädigt, als in den Fabriken; sie würden der Prostitution in die Arme getrieben und so nach jeder Richtung ihre Lage nur verschlechtert werden. Eindringlich sprach Frau Dr. Braun aus Berlin, hinreißend und auf dem höchsten geistigen Punkte der Debatten stehend sprach Frau Zeitlin, der auch die Gegner ihre Anerkennung und Bewunderung nicht versagen konnten. Mit 165 gegen 98 Stimmen wurde der Minderheitsantrag abgelehnt und die Resolution der Mehrheit angenommen. Diese Resolution fordert umfassende und wirksame Arbeiterschutzesetzgebung für alle Lohnarbeiterinnen, auch in der Hausindustrie und zwar zunächst den Achtstundentag bei 44stündiger wöchentlicher Arbeitszeit mit Arbeitsruhe am Samstag Nachmittag und einer Sonntagsruhe von 42 Stunden; ferner achtwöchentliche Schutzzeit der Wöchnerinnen bei Unterstützung durch die Gemeinde oder den Staat und Gewährung voller Koalitionsfreiheit für alle, auch die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen, für die Diensthöfen zc.

Am letzten Kongreßtage wurden außer den bereits erwähnten Resolutionen noch eine weitere Reihe von Anträgen einstimmig angenommen, so ein Antrag Dr. Adler, daß das für die internationale Arbeiterschutzesetzgebung aufgestellte Programm kein Mittel sein darf zur Verschleppung der nationalen Arbeiterschutzesetzgebung; die Uebermittlung der Kongreßbeschlüsse

Die Arbeiter und der Teufel.

Ein Märchen aus der russischen Wäse-Zeitung 1897. Dreimal neun Länder wird im dreimal zehnten Kaiserreich von hier*) gab es ein Arbeitervolk. Es waren gute und brave Menschen. Sie arbeiteten von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang und von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang, sie hungerien und froren und waren immer zufrieden und süßsam. Und Alles würde für immer schön und gut geblieben sein, wenn die Arbeiter nur auch vorsichtiger gewesen wären. Aber ungeachtet die anderen Einwohner dieses Landes — das waren die Fabrikherren, die Aufseher, die kontrollierenden Inspektoren, die Polizisten mit dem Polizeigeneral an der Spitze und den vielen Ansehlichen und Aufpassern, und der Minister — ungeachtet diese Alle immer sorgsam auf Alles bedacht und um Alles bemüht waren, so verging doch kaum ein Tag ohne irgend einen Unglücksfall. Bald gerieth einer von den Arbeitern in ein Maschinenrad, bald explodirte ein Kessel und tödtete Viele, bald stürzte eine Decke ein und begrub ein paar Duzend Menschen unter ihren Trümmern — kurz, all dieses wollte gar kein Ende nehmen. Und wer war Schuld daran? Doch nur diese Arbeiter, die immer und überall gerade dahin kriechen mußten, wo es irgend eine Gefahr gab. Aus bekamen die Fabrikherren mit den Behörden zu

*) Die übliche Anfangsformel bei russischen Märchen.

an die Regierungen aller Länder; die Errichtung einer vorläufigen Zentralstelle für internationalen Arbeiterschutzes in Zürich. Hatte der Kongreß nach seiner Eröffnung einstimmig beschlossen, den englischen, um den Achtstundentag kämpfenden Maschinenbauern seine Sympathien und Siegeswünsche auszudrücken, so beschloß er am Schlusse seiner sechstägigen Verhandlungen ebenso einstimmigen Protest gegen das Vorgehen der Regierungen gegen die Arbeiterorganisationen, gegen die ganze Reaktion unternehmer- und kapitalfreundlicher Regierungen.

Harmonisch, wie der Kongreß eröffnet, wurde er auch trotz aller dazwischen liegenden Kämpfe geschlossen. Es herrschte während der sechs Tage auf allen Seiten ein versöhnlicher Ton, der in den ruhigen und sachlichen Verhandlungen seinen prägnanten Ausdruck fand. Wir meinen damit keine Harmoniebuschlei, denn solche herrschte nicht; wo die prinzipiellen Gegensätze der vertretenen Hauptrichtungen in Frage kamen, bewahrte man zwar die gegenseitige Hochachtung, aber man schied sich in Majorität und Minorität, wodurch Klar wurde, daß man auch fernerehin getrennt marschieren, aber in den Fragen, worüber man einig ist, vereint schlagen wird.

Trotz aller Gegensätze lernte man sich als Mensch gegenseitig kennen und achten, trat einander menschlich näher, ohne damit seine Prinzipien zu verleugnen. Wir sind nicht übertrieben optimistisch, aber wir sind doch der Meinung, daß der internationale Arbeiterschuttkongreß in Zürich für die Arbeiter aller Länder gute Früchte zeitigen wird. Soll dies aber gewiß geschehen, so müssen nach wie vor die Arbeiter selbst auf den äußersten Posten stehen, sie müssen sich rühren, organisiren und kämpfen, wie bisher. Denn wie nur die Kämpfe den internationalen Arbeiterschuttkongreß in Zürich zur Folge hatten, wie er ihr Erfolg ist, so wird auch die nationale und internationale Arbeiterschutzesetzgebung nur dann weitergeführt und ausgebaut werden, wenn die Arbeiter das treibende soziale Element bleiben und für dieses Vorwärtstreiben immer größere Kräfte einzusetzen vermögen. Erst dadurch wird dann dieser Kongreß so recht zur praktischen Geltung kommen.

Von der preussischen Fabrikinspektion 1896.

III.

Mit den Arbeitslöhnen hat es im Berichtsjahre seine eigene Bewandniß. Manche Beamte haben vielleicht einige Lohnlisten durchgesehen und die erzielten Löhne mit den vorjährigen verglichen, und weil sie dabei höhere Lohnziffern fanden, konstatirten sie mit gewisser Genugthuung eine Steigerung der Löhne. Doch ist ein Theil der Beamten einsichtsvoll und sachlich genug, hinzuzufügen, wie der Mehrerdienst der Arbeiter zu Stande kam, nämlich durch eiligeres Arbeiten bei drängender Lieferung, durch vermehrte Akkordarbeit und durch ganz erhebliche Verlängerung der Arbeitszeit. Ja, manche Berichte fügen ausdrücklich noch hinzu, daß die Lohnsätze nicht erhöht worden seien und daß es sich nur um einen durch Mehrarbeit erzielten Mehrerdienst handele. Das ist auch die allgemeine Regel und wo wirklich Lohn erhöhungen zu verzeichnen waren, da sind sie dem eigenen Vorgehen der Arbeiter, bezw.

ihnen, und wenn diese auch milde mit ihnen waren und gerne Alles in Ordnung brachten — es war doch unangenehm.

„Der Teufel soll die Arbeiter holen!“ entfährt es dem geplagten Aufseher, der nun über diesen Fall dem Fabrikherrn berichten muß. Dieser aber hat gerade nicht viel Zeit übrig, denn er muß irgend eine Exzellenz mit Thee oder gar mit einem Diner bewirtheten. „Ach, der Teufel hole sie“, ruft er daher auch, wenn er den Bericht des Aufsehers gehört hat; und „geh zum Inspektor!“ Doch der ist natürlich nicht weniger ärgerlich, denn nun muß er die Sache untersuchen. „Wieder solch eine Geschichte“, wummelte er in den Bart; „der Teufel soll die Arbeiter holen!“

Unterdes erschienen Papierblättchen unter den Arbeitern — der Teufel weiß woher! — in denen sie zu lesen bekamen — der Teufel weiß, wie Siner darauf kam! — daß es gar nicht gut mit ihnen in den Fabriken bestellt sei, und sie geriethen in Noth. Die Aufpasser kamen um sie anzuhörchen; aber sie sagten nichts. Die Inspektoren kamen um sie zu überreden; aber sie hörten darauf nicht. Es schien, daß irgend etwas in der Luft liege. „Der Teufel soll die Arbeiter holen“, schrieb nun auch der Polizeigeneral; „man kann gar nicht genug Aufpasser für sie haben!“ Nur die gelehrten Leute und die Zeitungsschreiber meinten, daß Alles in Ordnung und die Sinnstörung des Teufels ganz überflüssig sei. Jedoch sie waren in diesem Lande

ihrer Organisationen zu danken. Der Arnberger Beamte berichtet, daß nach den Aeußerungen einiger Industrieller diese von einer schnelleren Lohnerhöhung Abstand nahmen, weil sie fürchteten, die Besserung der Geschäftslage werde nicht von Dauer sein und eine Herabsetzung des Lohnsatzes nach eingetretenem Rückgange verursache dann größere Schwierigkeiten. Andere hätten angeführt, daß sie in den ungünstigen Jahren Verluste erlitten hätten, ohne ihren Arbeitern Lohnabzüge zu machen, (3) und daß ihnen diese Verluste zur Zeit eine Lohnerhöhung nicht gestatteten. Das ist die alte Unternehmerweisheit gegenüber allen Arbeiterforderungen, deren Begründung aber so wenig stichhaltig als nur möglich ist, denn einmal sind in den ungünstigen Jahren fast allgemein die Lohnsätze heruntergedrückt, resp. die Leistungen der Arbeiter gesteigert worden und dann kann die kurze Periode des Aufschwunges doch unmöglich ein Behinderungsgrund für Lohnaufbesserungen sein, da der Unternehmer den Arbeitern doch nur den allerkleinsten Theil seines Extraprofits abläßt. Aber die Herren, die in Düsseldorf und Berlin zu Festbanketten zusammenkommen und bei Diners über die Vergewaltigung der letzten Arbeiterrechte berathen, sind arm wie der jüngste Kommiss, wenn die Arbeiter einige Pfennige Lohnzulage haben wollen. Sehen wir uns die Jahreslöhne der Arbeiter an, wie sie der Arnberger Bericht von den größeren Werken des Bezirks wiedergibt.

Table with 3 columns: Bezirk, 1894/95, 1895/96. Rows include Unna, Bochum, Dortmund, etc.

Das ist der Jahresarbeitsverdienst, wohlgemerkt bei überlanger Arbeitszeit; er entspricht im Höchstfalle einem Wochenlohn von M 23,50, im niedrigsten Falle von M 19,67, Jugendliche und Vorkarbeiter eingerechnet. Das sind Saisonlöhne in der bestbeschäftigten aller Industrien. In Metallwaarenfabriken desselben Bezirks erreichen Arbeiterinnen einen Wochenverdienst von 9—10 und 12 M. In einer Drahtzieherei soll der Durchschnittsverdienst pro Tag M 4,20 betragen haben und vereinzelt auf 6—8 M gestiegen sein; sogenannte Parabelöhne. In den industrieärmeren Gegenden dagegen verdienen erwachsene Männer nur M 2,50, Arbeiterinnen M 1,40—1,60 und Jugendliche M 0,80—1,20 pro Tag. Nicht kümmerliche Löhne erhält die Hausindustrie, so zahlt ein Fabrikant pro 1000 St. Schuhnägeln 22 J. Der Hannoverische Bericht veröffentlicht eine Reihe von Durchschnittslöhnen aus den Kreisen Geestemünde, Osterholz, Blumenthal und Achim-Werben, die folgendes Bild ergeben:

Table with 4 columns: Beruf, Geestemünde, Osterholz, Blumenthal, Achim-Werben. Rows include Dreher, Hobler, Formner, etc.

in der Minderheit, und die Anderen hörten nicht auf, aus tiefstem Herzen zu stöhnen: „Möchte doch der Teufel die Arbeiter holen!“

Endlich erbarmte sich der Teufel, und binnen einer Nacht holte er sie Alle, Alle. Nun hörten die Fabrikochornsteine zu rauchen auf, die Dampfhammer hörten auf zu klopfen, die Webstühle hörten auf zu ächzen, das Feuer in den Glühöfen ging aus, und alle Arbeitsstätten waren menschenleer. — Zuerst nach dieser Nacht wachten, wie immer, die Aufseher auf. Sie rieben sich die Augen und glaubten, daß sie noch schliefen. Sie rannten zu den Fabrikherren und berichteten das Bummer. Aber diese, voll Schlafrundenheit in der frühen Morgenstunde, brummen nur unbedeutlich, daß das ja ganz schön wäre und legten sich auf die andere Seite. Die gleichfalls erwarteten Aufpasser waren unterdes zu den Inspektoren gelaufen, und diese, schon ermuntert, geriethen außer sich vor Freude. Nicht minder der Polizeigeneral und der Minister, als man ihnen die Sache berichtete. Nur die Zeitungsschreiber, als sie davon erfuhren, blieben stumm, denn sie wußten über diesen unerwarteten Fall rein gar nichts zu sagen.

Doch die Freude hatte schon ein jähes Ende genommen. Der völlig erwachte Fabrikherr wollte frühstücken. Aber da stellte sich's heraus, daß Niemand da war, um das Frühstück zu bereiten, und auch Niemand, von dem man frisches Brod dazu holen

Diese Löhne wurden in Eisengießereien, Maschinenfabriken, Kesselschmieden und Werften ermittelt und sind Durchschnittsverdienst, also inkl. Ueberstundenarbeit. Eine Feilenhauerei zahlt den Feilenhauern täglich M 3,75; der im Afford thätige Feilenschleifer soll 6—7 M täglich verdienen. In einer Lampenfabrik verdienen die Affordarbeiter durchschnittlich M 4, die Tagelohnarbeiter M 2,50. Eine Löfferei und Steingießerei zahlt ihren Schmieden (Fabrikhandwerker) M 3,63 pro Tag und in Brauereien kommen dieselben auf M 4 Tagelohn. Im Bezirk Koblenz wurden auf einem größeren Eisen- und Stahlwerk folgende jährliche Durchschnittslöhne in den einzelnen Abteilungen festgestellt: im Eisen- und Stahlwerk M 1076, Eisengießerei 1058, Feinblechwalzwerk 1021, Martinwerk 994, mechanische Werkstatt 978, Weißblechbearbeitung 918, Dampfkesselbetrieb 903, Maurer 735, wonach der Wochen durchschnitt zwischen M 14,13 und 20,69 schwankt. In einer optischen Fabrik desselben Bezirks erreichten die Arbeiter Lohnbeträge von M 940—1250 = M 18,08—24,04 pro Woche. Eine Maschinenfabrik zahlte den Vorarbeitern M 1300, den Schmieden 820—1260, Schlossern 700—900, Drehern 580 bis 1060, Hoblern 650 und dem Maschinisten 800 pro Jahr. In einem Feinblechwalzwerk im Bezirk Düsseldorf verdienen in 8stündiger Schicht die Walzmeister M 5,72, Wärmer 4, Schlüsselleute 3,25, Chargierer 2,96, Schnapper 2,96 und Wipper 2,11. Im Bezirk Sigmaringen endlich sollen die Eisenwalzer im Afford bis zu M 6 pro Tag verdienen, während die Durchschnittslöhne dortselbst zwischen M 1,80 und 3 für erwachsene Männer schwanken.

Das sind einige Lohnangaben aus den Berichten, die das Märchen von den hohen Löhnen zur Genüge widerlegen; sie beweisen im Gegentheil, daß die Arbeiter von dem Aufschwung der letzten Jahre nichts erreicht haben, während die Werke ihren ungeheuren Gewinn einfackelten und fette Dividenden zahlten. Und während die Aktionäre in behaglicher Erwartung den nächsten Jahren entgegensehen, für die schon bedeutende Abschlässe vorliegen, fühlen sich die armen Industriellen außer Stande, den Arbeitern geringe Lohnerhöhungen zuzusichern, weil der Goldregen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ewig dauern wird. Mögen die Arbeiter daraus lernen, daß ihr Wohl in ihrem eigenen Handeln ruht. Die Arbeiter der Metall- und Maschinenindustrie haben alle Ursache, sich um ihre Organisation zu bekümmern, ehe der Aufschwung vorüber ist.

Eine verkappte Lohninbehaltung fand der westpreussische Gewerbeinspektor (Marientwerder) in der Arbeitsordnung einer Maschinenfabrik, welche trotz Ausschluß jeder Kündigungsfrist festsetzte, daß den vor Beendigung ihres Affords ausscheidenden Arbeitern nur der Tagelohn gezahlt werde. Da diese Bestimmung die beiderseitige Gleichheit der Kündigungsverhältnisse zu Ungunsten der Arbeiter aufhob, so wurde sie beanstandet.

Das Bestreben mancher Unternehmer, die Arbeiter auch noch an dem sauer verdienten Lohn zu betrügen, scheint unansrottbar zu sein, denn fast jeder Jahresbericht bringt eine Reihe typischer Trucfälle an's Tageslicht. So wurde in einem Emailwerk im Bezirk Potsdam festgestellt, daß der Meister keine Zulassen konnte — denn die Diensthoten und die Väter, die hatte der Teufel gleich auch mitgeholt. Jetzt begann der Fabrikherr denn doch zu wettern und zu toben, und er entschloß sich, zum Polizeigeneral zu fahren. Der mußte ihm andere Arbeiter verschaffen. Aber o weh! Auf der Straße gab es nichts, worin man fahren und Niemanden, der fahren konnte — er mußte zu Fuß gehen. Und beim General fand er schon das ganze Haus voll von den anderen Fabriksherren, die alle dasaßen, den Kopf hängen ließen und weinten. Der General wußte seinerseits nichts Anderes zu thun, als zu Fuß zum Minister zu gehen, und dieser nichts Anderes, als eine Extradition einzuberufen. Man heriet hin und her und beschloß zuletzt, daß etwas geschehen müsse. Man wollte ja gerne mit dem Teufel in Unterhandlungen eintreten — wie aber den Teufel finden? Den allerbesten Aufpasser schickte man aus; aber selbst diesen vergeblich. Da hing der Minister in dieser Noth ein großes Schreiben aus, worin er feierlich versprach, fortan für die Arbeiter gerade so zu sorgen wie für die Fabriksherren. Dieses Schreiben kam denn auch dem Teufel zu Gesicht, und er erzählte den von ihm gehaltenen Arbeitern davon. Und da hatten sie ihn denn, doch einmal überhoben mit den Fabriksherren zu unterhandeln. Das that der Teufel, und wie er es that, sollt Ihr gleich hören:

„Bei mir sind die besten Säugmaßregeln für die

zahlung seitens des Werks erhält, sondern sich durch einen 15prozentigen Abzug von den Arbeitslöhnen bezahlt machte. Die Staatsanwaltschaft vermochte darin merkwürdiger Weise keinen Verstoß gegen § 115 zu entdecken, da diese Art von Lohnzahlung in den östlichen Bezirken mehrfach verbreitet sei. Ein Altonaer Fabrikant zahlte einigen Arbeitern den Lohn in Wechseln aus, wodurch diese bei deren Einlösung Verluste erlitten. Ein im Bezirk Arnberg bei Trudervergehen erwischter Ziegelmeister glaubte den Beamten durch das Angebot eines „kleinen Trinkgeldes“ zum Stillschweigen bringen zu können, wofür er natürlich doppelt bestraft wurde.

Im Bezirk Wiesbaden zahlte eine Maschinenfabrik ihren Leuten als besondere Gratifikation 5 Prozent des Jahreslohnes, was für Einzelne den Betrag von 80 M ausmachte — eines der beliebtesten Mittel, sich einen guten Arbeiterstamm zu sichern. Auch Gebrüder Stumm in Neunkirchen, die ihren über 18 Jahre alten Arbeitern eine Monatszulage von M 5 gewährten, werden gebührend erwähnt. Das ist für die bedeutend verlängerte Arbeitszeit wahrlich nicht zu viel.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter entspricht dem Aufschwunge und den Löhnen. Die Arbeitslosigkeit hat sich nur wenig und vorübergehend bemerkbar gemacht; wo ein geringer Mehrverdienst erzielt wurde, da ging dieser für reichlichere Ernährung wieder darauf. Vielfach waren die Unternehmer bestrebt, ihren Leuten billige Seefische durch Großeinkauf zu verschaffen, wovon jedoch die Arbeiter nicht immer den erwünschten Gebrauch machten, weil sie jedenfalls den Grund dieser „wohlwollenden Fürsorge“ genügend zu würdigen wissen. In einer ganzen Reihe von Bezirken wurde ein Steigen einzelner Lebensmittel beobachtet; namentlich aber verursacht vielerorts der Wohnungsmangel große Schwierigkeiten und unhaltbare Zustände und hat auch oft die Mietpreise für Arbeiterwohnungen in die Höhe getrieben. Um diesen Mißständen abzuhelfen, wurden gewöhnlich die größeren Werke zum Bau eigener Arbeiterwohnungen animirt und die Bestrebungen der gemeinnützigen Bauvereine erfreuten sich der lebhaften Förderung der Behörden. Indes betreffen diese Maßnahmen doch immer nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Arbeitern, wie auch der Merseburger Bericht ausdrücklich hervorhebt, und sie werden dauernd einen wirklichen Erfolg nicht erzielen können. „Eine wirklich allgemeine Besserung wird wohl nur im Wege der Gesetzgebung herbeigeführt werden können.“ Die Bourgeoisie wird sich nicht in's eigene Fleisch schneiden!

Die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ werden natürlich in den Berichten in gebührender Breite behandelt. Unsere Stellungnahme zu diesen Ausflüssen des Unternehmervohlwollens ist bekannt und erleidet dadurch keine Veränderung, daß dabei mitunter wirklich notwendige Einrichtungen in Frage kommen, die auf gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften beruhen. Wenn die Unternehmer den Arbeitern ihr Wohlwollen beweisen wollen, so mögen sie ihnen auskömmliche Löhne zahlen, die Arbeitszeit verkürzen und sie wie Menschen und Mitarbeiter behandeln; das wird von uns höher gewerthet, als alle möglichen und unmöglichen Bevormundungseinrichtungen, die in letzter Linie zur Unterdrückung der Arbeiter dienen, wie z. B. der im Bezirk Düsseldorf zur Einführung gelangende und vom Me-

Arbeiter eingeführt“, sagte er zu den Fabriksherren. „Gut, auch wir werden sie einführen“, fielen diese im Chor ein. „Aber bei mir haben sie den Achtstundentag“, sagte der Teufel wieder. „Er wird auch bei uns angenommen werden“, erwiderten die Fabriksherren einstimmig. „Ja, und bei mir“, sagte der Teufel, „geht man höflich mit den Arbeitern um: man belegt sie nicht mit Strafen und wirft sie nicht in die Gefängnisse; und sie haben ferner volle Streik- und Koalitionsfreiheit.“ „Alles werden sie bei uns ebensogut haben“, heulten die Fabriksherren, „nur gib uns die Arbeiter schleunigst zurück!“ „Gut“, ließ sich endlich der Teufel herbei, „dann gebe ich sie Euch wieder; aber es ist doch klar, daß auch ich etwas von der Sache haben muß, und darum sollt Ihr mir fortan 10 Prozent von Euerem Reingewinn abtreten!“

Gott, Gott! war das eine Aufregung! Solch ein Diebstahl am hellen Tage! Hier hörte natürlich die Gemüthlichkeit auf, denn den Teufel konnte man ja nicht mit Versprechungen über's Ohr hauen. „Besser vor Hunger sterben“, meinten sie, „als von ehrlichem, sauer erworbenem Verdienste solch einen Theil abgeben!“ Und so schien es, daß die Verhandlungen zu nichts führen würden. — Doch im letzten Augenblicke kam einem der Fabriksherren ein jäher Einfall. Er neigte sich zu seinem Nachbar und flüsterte diesem etwas in's Ohr; dieser that das Gleiche mit seinem Nachbar, und so ging es fort, bis die Reihe zu Ende

gierungspräsidenten empfohlene Sparzwang für minderjährige und unverheirathete Arbeiter. — Im Bezirk Oepeln hat sich der Mißstand herausgestellt, daß die Rechte der Arbeiter an den Werkstätten bei Verlassen eines Werkes nicht genügend gesichert sind. Es sollen bereits verschiedene Verathungen über die Verschmelzung der Kassen stattgefunden haben, die aber wegen der Verschiedenheit der Einrichtungen und der Kassenvermögen bis jetzt gescheitert ist. Dagegen wurde den Eisen- und Zinkhütten empfohlen, eine sog. Freizügigkeitsvereinigung zu errichten, wonach jeder Arbeiter, der ein Werk nach fünfjähriger Arbeitsdauer ordnungsgemäß verläßt und bei einem anderen angeschlossenen Werke Stellung nimmt, verlangen könnte, daß seine bisher gezahlten Beiträge ohne Zinsen der neuen Kasse überwiesen werden und ihm eine dementsprechende Zahl von Beitragsjahren angerechnet wird. Eine Minderheit von Werken hat dem Plane bereits zugestimmt. Unseres Erachtens sind dabei die Vorschriften einer fünfjährigen Arbeitsdauer und einer ordnungsmäßigen Austritts höchst überflüssig und bezwecken bloß, nebenbei den Arbeitern die Freizügigkeit zu erschweren; die Arbeiter sollen also einen winzigen Vortheil mit einer Preisgabe von Rechten vertauschen.

„Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Gewerkschaftsbewegung!“ schreibt der Potsdamer Beamte und hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen, denn überall regten sich die Arbeiter in ihren Organisationen behufs Verbesserung ihrer Lage und Erkaufung von Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen. Seine besondere Bedeutung erhielt das verfloßene Jahr durch zwei ganz hervorragende Ausstände, die sogar im Mittelpunkt parlamentarischer Debatten standen, durch die Streiks der Konfektions- und der Hafenarbeiter. Aber auch zahlreiche Metallarbeiterausstände sind zu verzeichnen, wenn die Metallberufe, ihrer Bedeutung entsprechend, auch weit hinter den Lohnbewegungen anderer Berufe zurückgeblieben sind. Im Bezirk Ostpreußen streikten die Schmiede und Zuschläger einer Königsberger Waggonfabrik wegen Lohnerhöhung, wobei durch Vermittlung des Gewerbegerichts ein Vergleich zu Stande kam, der eine andere Vertheilung der Affordlöhne zwischen Schürmeistern und Zuschlägern bewirkte. Auch in Rathenow war das Gewerbegericht bei einem Ausstand der optischen Arbeiter erfolgreich thätig. In Berlin wurden die Musikinstrumentenmacher ausständig, hatten jedoch nur theilweisen Erfolg. In einem ober-schlesischen Hüttenwerk wurden statt der wöchentlichen monatlichen Lohnfristen eingeführt. Als die Arbeiter am nächsten Sonnabend ohne Lohn nach Hause gehen mußten, wurden sie so erregt, daß sie am Montag Früh die Arbeit einstellten. Es gelang, die Arbeiter durch das Versprechen wöchentlicher Vorzuschußzahlung als Uebergang zu beschwichtigen. In einer Magdeburger Fahrradartikelfabrik legten kurz vor Weihnachten 54 Klempner die Arbeit wegen zu geringem Lohnvorschuß nieder, nahmen sie aber nach dem Feste wieder auf. Der Schleswiger Beamte berichtet von 20 Ausständen, ohne jedoch die beteiligten Berufe zu nennen. Eine solche, sich in dunklen Redensarten bewegende Berichterstattung ist völlig zwecklos. Noch nicht einmal den Hafenarbeiterausstand hat er besonders erwähnt. Im Bezirk Minden brach der große Ausstand der Dür-

war. „Gut, gut, wir sind auch dazu bereit“, schrieen sie plötzlich Alle. Und so wurde der Vertrag mit dem Teufel geschlossen.

Als dieser fort war, drängten sie sich beglückwünschend und dankend um den finstigen Kollegen, und ein Jeder wunderte sich nur, daß er nicht auch sofort darauf gekommen war. Die Sache war so einfach — den Arbeitslohn um 10 Prozent zu kürzen.

Der Teufel ließ denn auch wirklich die Arbeiter zurückkehren, den ferneren Verlauf der Dinge einmal abwartend. Und nun wurde es wieder lebendig auf den Arbeitsstätten: die Räber kamen wieder in Bewegung, die Feuer brannten in den Defen, und aus den Schornsteinen stiegen schwarze Wolken in die Luft. Aber — doch war nicht Alles wie sonst. Die Arbeiter, durch den Teufel unzufrieden gemacht, konnten und wollten sich nicht mehr mit dem alten Leben zufrieden geben, und die Fabriksherren hatten einstweilen die beste Absicht, ihre Versprechungen nicht zu halten. So hörte man denn bald von allen Arbeitsplätzen nur noch die Aufe: „Der Teufel soll die Fabriksherren holen, und Polizei und Minister obendrein!“ Und, wie ein aus dem Fabriksschornstein hergeflogenes Schreiben besagt, hat sich der Teufel wirklich auch dazu entschlossen. Es ist nur der Zeitpunkt noch nicht bekannt; aber geschehen wird es unbedingt. Ob die Arbeiter dann auch die Fabriksherren von dem Teufel zurückerbitten werden? — Wir glauben kaum!

Kopp'schen Arbeiter aus, der 2500 Personen umfaßte, der 8 Wochen währte und der Firma 500 000 Mk kostete. Er verlief in der Hauptsache erfolglos. Im gleichen Bezirk wurden 6 Feilenhauer ausständig, arbeiteten aber nach 14 Tagen zu den alten Bedingungen weiter. Im Bezirk Arnberg kam es in einem Emailwerk in Schwelm zu einer Arbeitsniederlegung der Brenner und Hilfsarbeiter, ebenfalls erfolglos; dagegen waren die Frankfurter Fuß- und Wagenschmiede glücklicher, indem sie die zehnstündige Arbeitszeit und eine 20 prozentige Lohnerhöhung erlangen.

Endlich wird wieder ein Solinger Taschen- und Febrmesserstreif, der 600 Hausindustriemeister umfaßte und 8 Wochen dauerte, im Düsseldorfer Bezirk gemeldet. Es handelte sich um Tarifgemeinschaftsfragen zwischen den Keiber- und den Fabrikantenvereinen; der Kampf wurde mit großer Erbitterung geführt, doch stieg schließlich die auch von ihren Sheffielder Kollegen unterstützten Keiber. — Als Ursache der Erfolglosigkeit verschiedener Ausstände mußte man mit Fug und Recht die mangelhafte Organisation der Metallarbeiter in zahlreichen Orten bezeichnen. Mögen die Erfolge anderer Branchen den Metallarbeitern ein Ansporn sein, auch ihre Organisation kampffähig zu stärken, damit auch ihr Vorgehen die erwarteten Früchte zeitige.

Zum Schluß noch Einiges zur Unfallstatistik, die in Preußen noch immer die alten Mängel aufweist. Weßhalb eigentlich der Siegnitzer Beamte beharrlich die Angabe der Unfallfrequenz seines Bezirks verweigert, ist nicht recht ersichtlich. Sollte dort die Unfallmelbung ganz besonders lückenhaft sein? In 26 Aufsichtsbezirken kamen insgesamt 87 742 gewerbliche Unfälle (gegen 76 987 im Vorjahre) zur Anmeldung; die Zahl der Unfallsammelungen im Bergbau betrug 31 467 (1895: 22 286). Die Steigerung der Unfälle betrug darnach im Gewerbe 10 755 = 13,9 Prozent, im Bergbau 9187 = 41,6 Proz. Tödlich verunglückten im Gewerbe 723, im Bergbau 828 Personen, gegen 1895 ein Mehr von 116 = 19,3 Proz., bezw. 281 = 51,3 Proz. Ueber 120 000 Unfälle (die Zahlen des Bezirks Siegnitz fehlen gänzlich), das ist das Fazit der vorjährigen Kampagne auf dem Schlachtfelde der Arbeit und diese Summe von Gesundheit, Glüd und Menschenleben wird jahraus, jahrein mit unheimlicher Stetigkeit und stetig wachsendem Umfange dahingepflegt, ohne daß ernsthafte Reformen begonnen werden, um diesen Opfern Einhalt zu thun. Was für jeden Kenner der Verhältnisse längst klar ist, das sprechen zahlreiche Berichte an der Hand eingehender Erfahrungen rüchhaltslos aus, daß nämlich die Ursachen der hohen Unfallsteigerung in der eiligen, angestrengten Arbeit mit ungeeigneten Kräften und in der übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit zu suchen seien. Das ist eine Anklage, wie sie bitterer und folgenschwerer kaum jemals gegen die heutige Wirtschaftsordnung erhoben werden kann.

Wer aber glaubt, daß die zahlreichen Anklagen und Forderungen der Aufsichtsbeamten genügen, um ernste Reformen herbeizuführen und namentlich dem Normalarbeitstag für alle Arbeiter die Wege zu ebnen, der verkennt die wahre Natur unseres Klassenstaates, welcher den Forderungen der Arbeiter nur soweit nachgibt, als diese sie im ersten Kampfe als Macht gegen Macht durchsetzen. Was kümmert die Unternehmer und ihre Gesetzesmacher die Nothlage und Lebensgefahr der Arbeiter. „Nach uns die Sintfluth!“ war von jeher ihre Parole und der Sinkzug der Stimmklinge ist ja leider gar zu mächtig. Aber die Macht der organisierten Arbeiterschaft ist größer und sie wird auch diesen Widerstand zu brechen wissen. Und zu diesem Kampfe haben uns die Fabrikinspektionsberichte schon manche gute Waffe geliefert.

Internationaler Arbeiterschut-Kongress in Zürich.

Dritte Sitzung, am 25. August.

Im Kongress führte heute der Ukronom, Dr. De-Lartias das Präsidium. Statt der „Frauenarbeit“ gelangt, da über diesen Punkt die gesetzliche Sektionsberatung nicht zum Abschluß gelangte, die „Arbeit erwachsener Männer“ zur Verhandlung. Referirt wird darüber vom Genossen Lang aus Zürich, der Folgendes anführt: Die ersten Anfänge der Arbeiterschutgesetzgebung fallen in eine Zeit, da man noch keinerlei Organisation der Arbeiter kannte. Das Fortschreiten des Kapitalismus einerseits und die zunehmende Nothlage andererseits bestimmten das Maß der Verwendung der menschlichen Arbeitskraft in den Fabriken, ohne alle Rücksicht auf das Befinden der Arbeiter und die kapitalistische Produktion verlängerte die Produktionszeit des Arbeiters durch Verkürzung seiner Lebenszeit, sagt Marx. Am meisten litten unter dieser Ausbeutung die Frauen und die Kinder, die den Anforderungen der neuen Produktionsmethode nur sehr geringen Widerstand entgegenzusetzen konnten. Darum wurde auch zuerst der gesetzliche Schutz für Frauen und Kinder verordnet und erst

später und in wenigen Ländern wurde die Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter geregelt. Es sind aber nur die Schweiz und Oesterreich, welche solche Bestimmungen erlassen haben. Die Regierungen der übrigen Länder stehen auf „ute noch kaum einer anderen Forderung derart ablehnend gegenüber, wie derjenigen nach einer Begrenzung der Arbeitszeit männlicher erwachsener Arbeiter. Bezüglich der Nothwendigkeit der Einführung eines Maximalarbeitstages herrscht in den Kreisen der klassenbewußten Arbeiter keine Meinungsverschiedenheit. Die Befürchtung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Reduktion des Lohnes zur Folge haben werde, ist längst durch die Erfahrung widerlegt worden. Das Umgekehrte ist vielmehr der Fall. Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß zur Sicherung der Vortheile verkürzter Arbeitszeit deren gesetzliche Festlegung gehört, die denn auch die Arbeiterschaft immer fordert. Die Erfahrung drängte die Arbeiterschaft auch zu der Forderung der internationalen Arbeiterschutgesetzgebung, die in den Punkten am leichtesten durchführbar sein wird, welche bereits in der nationalen Gesetzgebung eine Regelung erfahren haben und bezüglich deren eine gewisse thätigliche Uebereinstimmung vorhanden ist. Das gilt im Besondern von der Frauen- und Kinderarbeit, trifft aber am wenigsten zu für die Arbeit erwachsener Männer. In keinem anderen Punkte wird der Widerstand des Kapitals und deshalb auch des Staates ein so heftiger sein. In der Gegenwärtigkeit der Interessen der Lohnarbeit und des Kapitals liegt es begründet, daß die Arbeiter ihrerseits die Forderung des Maximalarbeitstages in den Vordergrund rücken. Diese Forderung ist daher auch das internationale Lösungswort des Klassenkampfes. Den umfassendsten Ausdruck fand das Begehren internationaler Regelung der Arbeitszeit für männliche erwachsene Arbeiter auf den internationalen Arbeiterkongressen von Paris, Brüssel und Zürich. Die Arbeiterschaft stellt die Forderung des Achtstundentages nicht bloß auf zur Abwehr übermäßiger Arbeitszeit, welche das physische, sittliche und geistige Leben der Arbeiter schädigt, sondern um auch an den Vortheilen der gesteigerten Produktivität der Arbeit Theil zu nehmen, um ihre Arbeitskraft so theuer wie möglich zu verkaufen. Redner geht nun näher auf die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit ein und kommt zu dem Schluß, daß der heutige Kongress sich auf den Boden der internationalen Arbeiterkongresse stellen und grundsätzlich den Achtstundentag postulieren soll. Wo mit ihm praktische Versuche gemacht worden, hat er die günstigsten Wirkungen in jeder Beziehung gehabt und sich daher bewährt. Der Referent schließt in seinen Vortrag auch Einiges aus den gestrigen Verhandlungen der Sektion ein, wo sich zwei Stimmungen zeigten: eine humanitäre und eine andere, die vom Standpunkte des Klasseninteresses der Arbeiter aus die Verkürzung der Arbeitszeit fordert. Es wurden in der Sektion folgende Beschlüsse als Anträge an den Kongress gefaßt:

1. Der internationale Kongress für Arbeiterschut hält die Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages für alle Arbeiter und Angestellten in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, im landwirtschaftlichen Großbetrieb, sowie in Betrieben des Staates und der Gemeinde für dringend geboten. Für die Landwirtschaft sind in der Erntezeit Ausnahmen zulässig.
2. Er verlangt von den Regierungen und Gesetzgebungen beim gegenwärtigen Stande der Technik und nachdem in den verschiedensten Berufen und Ländern mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 und 8 Stunden die besten Erfahrungen gemacht worden sind, daß der Achtstundentag als ein zu erstrebendes Ziel ins Auge gefaßt werde.
3. Wo der Uebergang zum Achtstundentag zur Zeit nicht möglich erscheint, soll er mit dem Fortschreiten in der Technik durch Einführung eines sich ihm möglichst nähernden Maximalarbeitstages vermittelt werden.
4. Die Gesetzgebung soll, wo nicht ganz besondere Verhältnisse ein anderes Vorgehen gebieten, für alle Industrien die nämliche maximale Arbeitszeit festsetzen.
5. Soweit die Gesetzgebung Ausnahmen von der Regel des Maximalarbeitstages zuläßt, sollen die Voraussetzungen hierfür im Gesetz selbst genau bestimmt und die zulässige Maximaldauer der sogenannten Ueberzeitarbeit pro Tag und Jahr festgesetzt werden.

Gen. Lang empfiehlt diese Anträge zur Annahme. Nach seinem sehr beifällig aufgenommenen Referate tritt eine viertelstündige Pause ein.

In der sodann eröffneten Diskussion nimmt zuerst das Wort Madame Bonneval aus Paris. Sie begrüßt die Verkürzung der Arbeitszeit besonders vom Standpunkte der Frauen aus, aber es soll damit auch die Einführung eines Minimums verbunden sein. Um beide Ziele zu erreichen und alle Hindernisse zu beseitigen, sollten sich die Arbeiter gut organisieren.

Pfarrer Traub von Stuttgart bespricht a. A. auch den Einwand, daß die Arbeiter die durch Verkürzung der Arbeitszeit erlangte freie Zeit zum Saufen missbrauchen werden. Die Erfahrung lehrt das Gegentheil, auch in der Beziehung, daß gerade die lange Arbeitszeit das Wohlleben des Arbeiters zur Folge hat. Die verkürzte Arbeitszeit hat auch in allen anderen Richtungen nach den praktischen Erfahrungen die besten Folgen gehabt, so für den Lebenslohn, für den Stand der Industrie und für die Sittlichkeit. Ungewöhnlich erscheint ihm die gleichmäßige Arbeitszeit für alle Industrien, da man besser nach den Verhältnissen von Bau-, Holz-, Aht- und Schiffbauarbeit festsetzen sollte.

Kulemann-Brombachweig bestritt, daß die Erringung des gesetzlichen Maximalarbeitstages eine Maßfrage ist, sie ist vielmehr eine Kulturfrage. Er ist für die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung, aber gegen einen allgemeinen gleichen Maximalarbeitstag. Er beantragt zu Theil 4: „Der Kongress hält die Festlegung des Maximalarbeitstages für jede Industrie nach Maßgabe der Intensivität der Arbeit und des Strafenverhältnisses für geboten.“

Gen. Remer-Wien befvortwortet die Annahme der Sektionsanträge, da alle des gleichen gesetzlichen Schutzes bedürfen, der namentlich im Interesse der Landwirtschaft auch deshalb geboten sei, weil ihr dann die Arbeitskräfte besser erhalten bleiben würden. Was die Anträge fordern, ist möglich und durchführbar und darum sollte sie der Kongress auch annehmen.

Der katholische Vertreter Schirmer-München ist für

den Maximalarbeitstag und begründet dies mit dem Hinweis auf die bestehende lange Arbeitszeit in Industrie und Gewerbe. Schon Ketteler hat im Jahre 1869 die übermenschlichen Arbeitsanstrengungen bekämpft. Er betont ferner die Schwierigkeiten der Durchführung des Maximalarbeitstages. Schließlich meint er, daß wir froh wären, wenn wir in Deutschland den Zehnstundentag hätten.

Genosse Dr. Vandervelde-Brüssel tritt lebhaft für den Achtstundentag ein. Das achtstündige Maximum schließt niedrigere Arbeitszeit nicht aus. An dem Achtstundentag, den wir zur Markierung unseres Standpunktes festhalten, ist auch der Kapitalismus selbst interessiert. Der Mensch ist keine Maschine. Der Mensch muß sich als Mensch ausleben können, wozu er bei langer Arbeitszeit nicht fähig ist. Der Mensch soll auch als geistiges Wesen geschätzt werden. Der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten, sondern arbeitet, um zu leben. Wegen wir daher den Achtstundentag gesetzlich fest und sorgen wir durch Organisation der Arbeiter dafür, daß er auch durchgeführt werde. (Lebhafter Beifall.)

Pfarrer Dr. Oberdörfer-Stollberg will nicht zu viel verlangen und rath daher zur Mäßigung. Er und seine Freunde werden den Sektionsanträgen nicht zustimmen. Der Maximalarbeitstag, insbesondere der Achtstundentag, sei auch für den landwirtschaftlichen Großbetrieb nicht annehmbar. Er unterstützt den Antrag Kulemann.

Wittelschöfer-Wien verampft den Antrag Kulemann und befvortwortet die Annahme der Sektionsanträge.

Beer-Wien, Metallarbeiter, wendet sich gegen Oberdörfer. Wenn er die Annahme der Sektionsanträge als Parteipolitik bezeichnet, so würde ebenso die Beschlußfassung in seinem Sinne eine Parteipolitik sein. Er verweist auf England und Amerika, wo der Achtstundentag in den Staatsbetrieben bereits eingeführt ist. Würde der Kongress mit seinen Beschlüssen hinter den Sektionsanträgen zurückbleiben, so könnte er bereits Bestehendes in seiner Fortdauer gefährden und deshalb schon sollten diese Anträge angenommen werden.

Genosse Grillenberger begründet und vertheidigt die Anträge trotz der nur fünfminütigen Redezeit in äußerst wirkungsvoller und überzeugender Rede. Die Leute, die hier dagegen geredet, mögen recht gute Menschen sein, aber sie sind herzlich schlechte Musikanten. Was die Sektionsanträge wollen, das ist vom Arbeiterstandpunkte aus nothwendig und möglich, wie wir denn auch nicht hieher gekommen sind, um utopistische Politik zu treiben. Die Abstufungsvorschläge Kulemann's sind unpraktisch und bei der heutigen Gestaltung der Großbetriebe mit ihren verschiedenen Abtheilungen und Arbeitszweigen undurchführbar. Für den Achtstundentag treten wir ein und stehen nicht mehr auf dem Standpunkte des sozialdemokratischen Gesekentwurfes, der 1890 im deutschen Reichstage eingebracht wurde, weil die Arbeiter den Achtstundentag fordern und diese selbst am besten wissen müssen, was ihnen noth thut. Würde man die Arbeiter aller Länder darüber abstimmen lassen, so würden sie sich dafür mit Wucht erklären. Daß die Annahme der Sektionsanträge, wie Herr Oberdörfer meint, einen schlechten Eindruck im Lande machen würde, ist unrichtig, deren Ablehnung aber würde ein Rückschritt sein. Die Herren Kulemann u., sowie die anwesenden katholischen Vertreter sollten deshalb dafür stimmen, umfomehr als sie gestern in den Sektionsberatungen den Anträgen viel freundlicher gegenüberstanden wie heute und als der achtstündige Maximalarbeitstag die Grundlage jeder ernsten Arbeiterschutgesetzgebung sein muß. (Großer Beifall.)

Genosse Stüher-Hamburg beantragt und begründet die Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auch auf die Hausindustrie.

Der Referent Genosse Lang empfiehlt die Aufnahme des Stühmer'schen Antrages sowie desjenigen der Madame Bonneval, betreffend den Minimallohn, ins Protokoll und Berücksichtigung dieser Fragen beim nächsten internationalen Arbeiterschutkongress. Im Uebrigen begründet er nochmals in längerer Rede die Sektionsanträge und empfiehlt deren Annahme.

In der Abstimmung wird Theil 4 der Sektionsanträge mit 174 gegen 81 Stimmen, welche auf den Antrag Kulemann fallen, angenommen und sodann die ganze Resolution der Sektion mit 170 gegen 80 Stimmen angenommen. Alle anderen Anträge wurden theils direkt abgelehnt, theils durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit ist die Sitzung beendet.

Vierte Sitzung, am 26. August.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Genosse Grenlich eine längere und interessante Zuschrift des Petersburger Bundes der arbeitenden Klassen und der jüdisch-sozialdemokratischen Organisationen Westrußlands. Die russische Fabrikgesetzgebung wie die russische Arbeiterbewegung sind noch jung. Die erstere hat seit den 80er Jahren weitere Ausdehnung erfahren und jede neue Regierung der Arbeiter hat auch neue Erlasse der Regierung zur Folge. Zum Theil enthält die russische Fabrikgesetzgebung, die schlecht durchgeführt wird, gar keine Strafbestimmungen. Jede Arbeiter-, Vohn- und Streikbewegung untergräbt auch den Despotismus. Dadurch wird der Arbeiter als Mensch gebildet. Neuere Erlasse unterlagen der russischen Presse, über Arbeitsverhältnisse, sowie über Arbeiterbewegungen etwas zu veröffentlichen. Die Zuschrift wünscht schließlich den Kongressverhandlungen den besten Erfolg. (Beifall.)

Es wird nun zur Verhandlung über die „Frauenarbeit“ übergegangen, worüber Jean Sigg von Genf referirt. „Die Frau und der Arbeiter haben seit alter Zeit gemeint, Unterdrückte zu sein“, schreibt der bekannte Sozialist Debel; so leitet Genosse Sigg sein Referat ein. Die bestehende Gesellschaft, die nur ein häßlicher Abklatsch einer normalen Gesellschaft ist, vermag sich in der Form alter, ihr durchaus nicht mehr entsprechender Institutionen nicht zu halten. Es werden noch sehr eingehende Anstrengungen gemacht werden müssen, bis diese Form gebrochen sein wird und zu diesen Anstrengungen ist auch die Forderung des gesetzlichen Schutzes der Frauenarbeit zu zählen. Es wäre aber ein großer Irrthum, wollte man die Arbeiterschutgesetzgebung als Universalmittel gegen die Gefahren betrachten, worunter die Menschheit am Ende dieses Jahrhunderts leidet. Diese Gesetzgebung soll eine bloße Vermittlung in einer Uebergangsperiode sein; sie ist aber auch eine notwendige, unvermeidliche, den strengsten und absolutesten Bestimmungen unterworfenen Konsequenz der mo-

bernen Produktionsbedingungen. Die Maschine hat auch die Frau und das Kind in ihren Dienst genommen. Eine ganze Revolution hat da stattgefunden und blind sind diejenigen, die angeht die durch den modernen Industrialismus heraufbeschworenen großen und schwierigen Aufgaben es machen, wie der Vogel Strauß und den Kopf in den Sand stecken. Der Mann in Konkurrenz mit der Frau und mit dem Kinde ist nach und nach zurückgedrängt und auf's Pflaster geworfen worden, wo er die Zahl derer vermehrt, welche die inoffizielle Reservearmee bilden. Daher ist es mit dem Gehen und Begehenlassen für uns vorbei. Die Gesamtheit ist die Beschäftigte derjenigen, die sich nicht selbst helfen können. Der Staat ist daher verpflichtet, allen die höchsten Interessen der Gemeinschaft schädigenden, die moralische und physische Kraft der Frau schwächenden Mißbräuchen vorzubeugen und in der Frau die Quelle der zukünftigen Geschlechter zu schützen. Der Referent geht nun, unter Erwähnung der Sektionsführungen zu den aufgestellten Thesen über, die er einzeln beleuchtet und begründet. Dabei führt er den gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung zum Schutze der Frauen in den verschiedenen Ländern an und zwar bezüglich der Fabrikarbeit, hausindustrieller und kleingewerblicher Arbeit, deren Nachtheile und Schäden für die Frau. Auch die Verhältnisse im Dienstbotenwesen mit ihren vielfach schlimmen Auswüchsen führt er auf, weist die Nothwendigkeit zu ihrer Verbesserung nach, bezugnehmend bezüglich der landwirtschaftlichen Arbeit der Frauen. Ferner tritt er auch auf die Stellung der Arbeiterin als Hausfrau ein und verlangt die Freigabe des Samstag-Nachmittags, damit auch die Arbeiterin einen wirklichen Sonntag haben könne. Er bespricht noch den Schutz der Wöchnerinnen und die Nothwendigkeit der Aufstellung von Fabrikinspektorinnen und empfiehlt schließlich die Annahme der Sektionsanträge, welche lauten:

1. Der internationale Arbeiterschuttkongress in Zürich fordert eine umfassende und wirksame Schutzgesetzgebung für alle Arbeiterinnen und weibliche Angestellte in der Groß- und Kleinindustrie, dem Gewerbe, Handel, Transport- und Verkehrswesen, sowie der Hausindustrie.
2. Als Grundlage dieser Schutzgesetzgebung fordert der Kongress eine Maximalarbeitszeit von 8 Stunden pro Tag und 44 Stunden pro Woche für alle Arbeiterinnen und weibliche Angestellte. Die Arbeitszeit muß Samstag Mittag um 12 Uhr endigen, so daß ihnen eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden bis Montag Morgen gesichert ist.
3. Strenges Verbot des Unternehmerbrauches, den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten nach beendeter Arbeitszeit weitere Arbeit nach Hause mitzugeben.
4. Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen Wöchnerinnen im ganzen während acht Wochen — nach der Niederkunft jedenfalls wenigstens sechs Wochen — nicht gewerblich beschäftigt werden.
5. Während dieser Schutzzeit erhält die Arbeiterin von Staat oder Gemeinde eine Entschädigung, die in direktem Verhältniß zu ihrem Lohnausfall steht.
6. Für landwirtschaftliche Arbeiterinnen (Arbeiter) und für Dienstboten sind alle Gesetze und Bestimmungen aufzuheben, die sie in eine Ausnahmestellung gegenüber andern Arbeiterkategorien bringen (Dienstbotenordnungen, Verbot der Koalition, der Vereine und Versammlungen etc.) und sind für sie besondere Gesetze und Schutzvorschriften im Sinne der vorstehenden Forderungen zu erlassen.
7. In Erwägung, daß die Einschränkung und endliche Beseitigung der Hausarbeit in allen ihren Formen im Interesse der Volkshygiene, der Kultur, sowie insbesondere der gewerkschaftlichen Organisation dringend nöthig ist, es aber unmöglich erscheint, die Frage der Hausindustrie auf diesem Kongresse in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise zu beraten, gibt der Kongress dem Wunsche Ausdruck, daß auf dem nächsten Kongress die Frage der Hausindustrie und die damit im engsten Zusammenhang stehende Frage der Arbeiterwohnungen gestellt werde.
8. Der Kongress fordert für die Frauen für gleiche Arbeit gleichen Lohn und macht es den Delegirten zur Pflicht, sogleich bei den öffentlichen Gewalten dafür einzutreten, daß sie diesen Grundsatz jedesmal anwenden, wenn die Gelegenheit sich bietet.

Darauf nimmt Hr. Grenlich von Zürich das Wort. Sie verweist auf den Entwicklungsstand der modernen kapitalistischen Produktion, deren Auswüchse immer weiteren Kreisen, auch den gesetzgebenden Behörden zum Bewußtsein kommen. Der Ueberanstrengung der Frauen ist entgegenzutreten durch Verkürzung der Arbeitszeit, umsomehr als nach den Erfahrungen bei kürzerer Arbeitszeit auch die Leistungsfähigkeit steigt. Sie begründet dann nach den gepilgerten Sektionsverhandlungen die einzelnen Thesen und empfiehlt sie zur Annahme.

Genosse Heritier-Genf theilt mit, daß das Seine-Departement den Delegirten der Arbeitshörse das vom Pariser Gemeinderathe bewilligte Reisegeld verweigerte, weil es nur noch für die Reise Faures nach Rußland reichte. (Heiterkeit.) Eine von den am Erscheinen verhinderten Delegirten überhandte Zusage verbreitet sich über die französische Arbeiterschutzesetzgebung, die an sich sehr unzulänglich sei, außerdem noch sehr schlecht durchgeführt werde. Ferner lenkt die Zusage die Aufmerksamkeit auf die schlimmen Verhältnisse der weiblichen Angestellten in den öffentlichen Lokalen, wo die kosmopolitische Welt verkehrt.

Dr. De Wiart (Brüssel) beantragt die allmähliche Abschaffung der Frauenarbeit in den Steinbrüchen, Bergwerken und der Großindustrie. Nach ihm ist die industrielle Frauenarbeit eine Ungeheuerlichkeit, eine Verleugnung des Fortschritts und eine Kulturwidrigkeit. Die Frau soll Mutter und Erzieherin ihrer Kinder sein, wenn sie aber arbeiten muß in der Fabrik etc., so ist ihr dies nicht möglich. Die ausgebeutete, industrielle Frauenarbeit ist ein Zeichen des Niederganges der Menschheit, darum soll sie abgeschafft werden. Die Frage ist keine politische, sondern eine menschliche und kulturelle. Das Menschen- und Naturrecht steht über dem Kapitalismus.

Frau Lily Braun-Berlin erklärt sich gegen den Antrag des belgischen Redners. Wenn die Frau frei werden will, bedarf sie wohl der Verkürzung der Arbeitszeit, aber nicht des Verbotes der Erwerbsthätigkeit. Wenn man diese für die Großindustrie verbieten wollte, müßte man sie konsequenter Weise auch für andere Gebiete verbieten. Die

Folge jenes Verbotes wäre die Neuauflebung der Hausindustrie, es würde die Wohnung zur Werkstatt und sie hörte auf, wenn sie es war, ein freundliches Familienheim zu sein. Die Hausindustrie würde dann auch eine Förderung des Konsuminats zur Folge haben. Weiter könnten ohne Frauenarbeit gewiß viele Arbeiter gar nicht heirathen, die Folge würde eine große Vermehrung unehelicher Kinder sein. Wenn jemand berechtigt, interessiert und verpflichtet ist, für die Frauen einzutreten, so sind es wir Frauen selbst. Sie empfiehlt die Ablehnung des Antrages von de Wiart.

Dr. Rudolf Meyer empfiehlt dagegen den Antrag zur Annahme.

Frau Zetkin opponirt energisch gegen den Antrag de Wiart. Der Sozialismus hat den Klassenkampf zur Voraussetzung und zu seiner Führung bedürfen wir der Frau, also auch der Frauenarbeit. Diese zerstört die alte Familienform aber nur, um zu einer höheren sittlichen Einheit der Familie zu gelangen. Die Frau soll in der Familie mit dem Manne gleichberechtigt sein und dazu bedarf sie der ökonomischen Befreiung. Wir haben zum ersten Male eine Bewegung, die getragen ist von den Frauen des arbeitenden Volkes. Die Frau wird erst, wenn sie ökonomisch frei ist, der Freund und die sittliche Hälfte des Mannes werden. Sie wird nicht mehr seine Untergebene sein und nur für seine Bequemlichkeit zu sorgen da sein. Die Frau wird auch dadurch befähigt zur besseren Erziehung der Kinder. Nur als kapitalistisch ausgebeutete Arbeit ist die Frauenarbeit schädlich. Wir begrüßen die Symptome des Niederganges der alten Familienform als die Anzeichen der Morgenröthe einer besseren Gesellschaftsordnung mit höherer Familienordnung. Für uns heißt es vorwärts, nicht rückwärts. (Liesiger Beifall.)

Monsignore Dr. Scheicher-Wien wendet sich insbesondere gegen Frau Zetkin und führt dann des längeren aus, daß die Familie erhalten bezw. wieder hergestellt werden müsse. Was die Stellung der Frau in der Familie betreffe, so ist sie das Abbild der Gesellschaft und des Staates und wie man hier einen Minister des Innern und des Aeußern braucht, so hat man sie auch in der Familie nöthig. (Heiterkeit.) Er empfiehlt den Antrag zur Annahme und führt dafür auch noch die schönste Erinnerung des Menschen an seine Mutter ins Treffen, an die auch er sich mit Freuden erinnere. (Beifall.) Gegen Frau Zetkin und für Annahme des Antrages spricht mit sehr leiser Stimme auch die Baroness v. Vogelfang-Wien.

Genosse Bernerstorfer-Wien fragt an, wenn man die weibliche Arbeit im Großbetrieb verbieten will, warum dann nicht auch bei der Post, Telegraphie etc., sowie in den Kleinbetrieben, wo die Anstrengung oft eine viel ärgere ist, als in der Großindustrie? Es müßte dann auch die geistige, wissenschaftliche Betätigung der Frauen verboten werden, wie man dies ja wohl auch auf gewisser Seite will. Auch er denke an seine Mutter mit Liebe zurück, aber bei der Erinnerung steige in ihm auch eine Bluthelle auf, da seine Mutter eine arme Wittive war und in 16-17stündiger hausindustrieller Tagesarbeit die Mittel für Ernährung ihrer Familie erwerben mußte. Das ist das Loos der Frau, der Mutter in der heutigen Gesellschaft. Die Gegner apostrophirend, schließt er mit den Worten: Wir siegen nicht über Sie durch Abstimmung auf den Kongressen, sondern durch den Gang der Entwicklung und durch den Aufbau auf großen Ideen. (Großer Beifall.)

Dr. Defurtins tritt für den Antrag de Wiart ein, da er die Familie erhalten und nicht untergraben wolle. Die Familie sei für die Sozialdemokratie eine historische, für ihn aber eine absolute Form. Robbertus habe gesagt, die Familie ist der Jungbrunnen, aus dem die Völker immer wieder ihre neue Kraft schöpfen und darum ist auch noch kein christliches Volk zu Grunde gegangen. Er erwähnt dann, daß Mary die Verheerungen des Industrialismus in der Familie das größte Verbrechen der Gesellschaft nennt. Die Familie sei die Grundlage jedes gesunden Lebens. (Beifall.)

Genosse Bebel (mit lebhaftem Beifall empfangen) weist auf die gegensätzliche Auffassung der Familie seitens der am Kongress vertretenen verschiedenen Richtungen hin, die sich nun zu einer grundsätzlichen Entscheidung zugespitzt habe. Wir werden uns hierüber nicht einigen können, aber dennoch können wir gemeinsam voratzen und arbeiten und Segensreiches für Alle schaffen. (Allseitiger Beifall.) Sie sind wie wir Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, aber während Sie die Industrie hemmen und wieder eine kleinbürgerliche Gesellschaft herstellen wollen, streben wir die höhere sozialistische Gesellschaftsordnung an. Dr. Defurtins sagte vorgefem in der Frauensektion, er sei Gegner jeder weiblichen Erwerbsthätigkeit überhaupt. Das können Sie aber nicht durchführen, so wenig wie die Abschaffung der Eisenbahnen, der Post, des Telegraph und Telephon, der Elektrizität, die eben zu der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung gehören. Die Arbeiterinnen stehen sich beim Achtstundentag in der Fabrik unendlich besser, als bei einer 15-16stündigen Arbeit in der Hausindustrie. In Deutschland sind mindestens 3-4 Millionen Fabrikarbeiterinnen, darunter 2,100,000 Wittwen, was sollte da werden, wenn man die weibliche Arbeit in der Großindustrie verbieten wollte? Diese Frauen würden der Prostitution direkt in die Arme getrieben, was gewiß auch Sie nicht wollen, was aber die Wirkung des Verbotes der industriellen Frauenarbeit sein müßte. Redner fragt Defurtins, ob er glaube, daß Mary, wenn er auf diesem Kongress wäre, auf seinem Standpunkt stünde? (Defurtins verneint es unter der Heiterkeit der Versammlung.) Was würden die Bauern, die Leute am Rhein und in Westfalen, der katholischen Gegend, was würden da Ihre Anhänger sagen, wenn Sie ein solches Verbot beschließen würden? Sie würden die Hände über den Kopf zusammenschlagen und sagen: Wie konnten nur unsere Vertreter solchen Unsinn beschließen. Wenn Sie die Frage, was aus den Wittwen und aus den Frauen überlicher Männern ohne eigene Erwerbsthätigkeit werden soll, nicht beantworten können, so müssen Sie den Antrag ablehnen. (Stürmischer, minutenlanges Beifall.)

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag de Wiart, der mit 165 gegen 98 Stimmen abgelehnt wird.

Die schwach besuchte Nachmittagsitzung begann mit dem ersten Botum einer Schweizerin, Marie Billinger von

der Züricher Arbeitskammer, die hauptsächlich für Freigabe des Samstag-Nachmittags sprach.

Madame Bonnevial aus Paris rebete hauptsächlich dem internationalen Koalitionsrecht der Frauen das Wort.

Die Engländerin Sullivan, Delegirte der Schneidergewerkschaft in London, befragte in Rücksicht auf die schauerlichen Zustände daselbst die Abschaffung der Erwerbsarbeit der Frauen überhaupt. Trotz der Antrags von Inspektorinnen geschieht nichts für die Besserung, denn diese Damen aus der bürgerlichen Gesellschaft lassen sich selten sehen.

Kulemann-Braunschweig bekämpft die Fassung der These 5 hauptsächlich aus formellen Gründen und beantragt die Forderung des Koalitionsrechts für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Genosse Bebel bekennet sich als Verfasser der These 5 und gibt zu, daß die Fassung formell anfechtbar sei, aber Herr Kulemann mußte auch keine bessere vorschlagen. Dagegen gibt er zu, daß die Sache, die getroffen werden wollte, damit auch getroffen wird, womit für ihn die Sache erledigt sei. Zur weiteren Begründung führt Redner Johann die deutschen Gesindeordnungen an, die den Herrschaften das Recht geben, die Dienstboten zu prägen (Allseitiges Psui!) und ferner die für die Landarbeiter bestehenden Koalitionsverbote, welche aufgehoben werden sollen. Er empfiehlt Punkt 5 zur Annahme. (Beifall.)

Genosse Vollmar beantragt zu These 6: Der Kongress sieht in der Hausindustrie eine Beschäftigungsweise, die schwere soziale und gesundheitliche Uebel im Gefolge hat und ein großes Hinderniß für die gewerkschaftliche Organisation und die Durchführung eines wirksamen Arbeiterschutzes bildet. Der Kongress überreicht deshalb die eingehende Behandlung dieser Frage dem nächstfolgenden Kongress. Vollmar begründet seinen Antrag damit, daß alle Anwesenden einig darüber seien, daß dieser Kongress die Frage nicht eingehend behandeln kann und sie soll daher durch Annahme des Antrages mit großer Mehrheit dem nächsten Kongress in gewisser autoritativer Form zugewiesen werden.

Macdonald-London ist für Abschaffung der Hausindustrie. Wir müssen hier das Maximum und nicht das Minimum fordern.

Burrows-London verlangt entschieden eine Abstimmung darüber, ob die Hausindustrie abzuschaffen sei.

Duelch-London: Er und seine englischen Genossen seien sehr enttäuscht, daß sie sich in allen Fragen inmitten einer reaktionären Masse auf dem Kongress isolirt sehen und selbst von den eigenen sozialistischen Genossen im Stiche gelassen werden. Die Sozialdemokraten sollten keine Besetzer sein, sondern zu Postulaten stehen, denen die Zukunft gehört.

Genosse Liebknecht wendet sich gegen die Wortwahl der Engländer, die daher rühren, daß sie zu sehr die kontinentalen Verhältnisse nach denen in England beurtheilen. Wir sind durchaus nicht reaktionär. Wir sind für Abschaffung der Hausindustrie, der Fabrikindustrie, wie sie heute besteht, auch selbst für Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft, aber solche Dinge lassen sich hier nicht bekretieren. Wollten wir solche Beschlüsse fassen, würde man uns in Deutschland auslachen. Zudem ist der Kongress kein sozialistischer Parteikongress, sondern ein Kongress verschiedener Richtungen. Der puritanische Sonntag, den wir auf dem Kontinente nicht haben, ist ein Spezifikum Englands. Darum sollten die Genossen in ihrer Heimath energisch dagegen auftreten.

Genosse Dr. Adler-Wien führt aus: Wir alle sind gegen die Hausindustrie, die ein kulturwidriges Uebel ist, während die Fabrikindustrie im Einklang mit der modernen Richtung steht. Wir stehen daher erst für These 6, und wenn diese abgelehnt werden sollte, für den Antrag Vollmar. (Beifall.)

Genosse Sigg-Zürich ist auch für Abschaffung der Hausindustrie.

Genosse Greulich findet, daß einmal die Hausindustrie gar nicht auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt ist und sodann scheint ihm die Abschaffung der Hausindustrie eine Utopie zu sein. Im Kanton Zürich sind allein 30 000 Frauen in der Seidenhausindustrie beschäftigt, in der Westschweiz Tausende in der Uhrenindustrie. Ich möchte wissen, wie man diese Verhältnisse in absehbarer Zeit sollte beseitigen können. (Beifall.)

Genosse Sigg-Genf erklärt im Schlußwort, daß er an der These 6 festhalte, da die Verdröstung auf den nächsten Kongress eine Verdröstung auf den griechischen Kalender sei.

In der Abstimmung wurde der Vollmar'sche Antrag mit 70 gegen 68 Stimmen angenommen und im Uebrigen die Thesen akzeptirt. Die ungarischen Delegirten protestiren gegen die gestern beschlossenen Ausnahmen für die Landwirtschaft.

Um 6 1/2 Uhr wird die Sitzung geschlossen. (Schluß folgt.)

Zur Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer.

Am Sonntag, den 29. August, veranstalteten die Londoner Gewerkschaften im Hyde Park eine große Demonstration zu Gunsten des Achtstundekampfes der Maschinenbauer. Von acht Plattformen herab wurde folgende Resolution empfohlen:

„Die Versammlung spricht ihr vollstes Einverständnis aus mit dem Vorgehen der Maschinenbauer und den mit diesen verbundenen Gewerkschaften, das darauf gerichtet ist, den Achtstundentag, der bereits in den Regierungswerkstätten und in der Mehrzahl der Londoner Maschinenfabriken sich bewährt hat, zur Durchführung zu bringen. Sie erklärt ferner ihre wärmste Sympathie mit den Arbeitsschreibern der Provinz, die von den Unternehmern, welche die Organisationen der Arbeiter zu vernichten suchen, ausgesperrt wurden, ohne daß Differenzen bestanden. Alle Arbeiter des vereinigten Königreichs werden aufgefordert, den kämpfenden finanziellen und moralischen Unterstützung zuwenden.“

Die Resolution fand einstimmige Annahme. — Als Hauptredner traten auf den verschiedenen Plattformen auf: John Burns, Ben Cooper, F. H. Taylor, W. Crooks und W. Steadman, Arbeitermitglieder des Grafschaftsraths, David Brown, Sekretär des Londoner Achtstundekomitees, A. Sellicks, Präsident, und G. Barnes, der Sekretär der großen Vereins der Maschinenbauer, Peter Curran und W. Thorne von der Union der Gasarbeiter.

sowie das neugewählte Arbeitermitglied des Parlaments F. W. Meddson.

Fast alle Gewerkschaftsvertreter, die sprachen, legten auf die finanzielle und moralische Unterstützung der Ausständigen das größte Gewicht und konstatierten die Bereitwilligkeit ihrer Organisationen, den Maschinenbauern gegebenen Falls nach Kräften zu helfen.

Hält diese Meinung vor, dann würden allerdings die Maschinenbauer dem Gang der Ereignisse mit großer Seelenruhe entgegengehen können.

Die geheime Abstimmung, die in der Gewerkschaft der Kesselschmiede darüber vorgenommen wurde, ob sie sich den Verbänden anschließen wollen, ergab folgendes Resultat:

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Quittung

über die vom 1. bis 31. August 1897 bei der Hauptkassa eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Altenburg 400. Altona 400. Alz- und Neugersdorf 20,14. Berlin 91,50. Brandenburg 800. Breslau: Allg. 200, Klempner 100. Burgfarnbach 11,55. Charlottenburg 300. Chemnitz 900. Crimmitschau 40. Darmstadt 200. Delmenhorst 26,10. Döhlen 45. Dresden-A. 100. Düsseldorf, Allg. 230. Eisenberg 26,61. Elbing 60. Erfurt, A. B. 10. Erlangen 141,90. Fernersleben 75. Feuerbach 72. Flensburg 300. Forst 100. Frankfurt 200. Frankfurt a. M., Metzger 50. Freiburg i. S. 50. Gabeln 100. Gagenau 20,18. Gera 100. Gießen 30. Glöckstadt 20. Görlitz 80. Gotz 75. Greiz 50. Großsch 60. Guben 30. Gustavsburg-Köthen 71,30. Güstrow 70. Hagen 65. Hamburg, Werftarbeiter 600. Hannover: Allg. 400, Klempner 100. Harburg 360. Hohenstein-Crauthal 3,60. Höchst 55. Jherlohn 60. Kaiserlautern, Former 50. Kalk 200. Karlsruhe 79,82. Leipzig: Ost 250, West 542, Klempner 90. Lemgo 12,60. Lumbach 60. Linden: Allg. 200, Feilenhauer 57. Lippstadt 15. Lübeck 200. Magdeburg: Sudau 300, Neustadt 109, Sudenburg 200, Feilenhauer 40, Sappallaterne 45,90. Mainz 50. Mannheim 362,50. Marburg 20. Meissen 12,56. Mühlhausen i. Thür.: Allg. 33,64, Schlosser 70. Müstau 81,40. Neumarkt (Oberp.) 35,20. Neumühlen 160. Neu-Ruppin 80. Neusalz a. d. O. 59,25. Nordhausen 50. Nürnberg: Allg. 300, Klempner 250, Rothgießer 200. Okerstein 36,05. Offenbach 350. Oldesloe 56. Osnabrück, W. St. 10. Osterode 20. Pirmasens 24,26. Pries 250. Daedlinburg 75. Radt u. Wald 50. Rathenow: Brillen- und Pincenezarbeiter 200, Einschleifer 60. Reutlingen 50. Rosenheim 50. Rosslau 20. Rostock 138,50. Solingen 60. Späher 30. Schleiz 70,24. Schmolln 27,30. Schorndorf 33. Schwelm 65. Stettin 250. Ulm 50. Ulfen 50. Velbert 100. Weissenfels 40. Witten 60,70. Zeitz 200. Zittau 20. Zwickau 12. Einzelmitglieder der Hauptkassa 192. Für: Erbschütter 0,55. Protokolle der 3. ordentlichen Generalversammlung 104,80. Reichshändler 3. Stempel 12. Zurückgezählte Agitationskosten von M. Sch., Feilenhauer 6. Zurückgezählte Schuld von H. Gerung, Stuttgart 1.

Quittung

über die vom 1.-31. August eingegangenen Gelder für die ausgesperrten Metallarbeiter in Dänemark.

- Bestand vom 31. Juli 12,25. Von Aachen 13,45. Aalen 19,10. Apentade 6,05. Auerbach 7. Barmsel 24. Bayreuth 8,50. Bockenheim 26,80. Brandenburg 311,45. Bremen 62. Chemnitz 50. Köln-Lindenthal 29,50. Köln-Rord 9,50. Comariz 10,80. Cottbus (von den Arbeitern der dortigen Maschinenfabrik) 41,10. Depon 56,85. Dortmund 31,50. Döhlen 15. Dresden: A. 200, R. 50. Duisburg: Allg. 3,15, Feilenhauer 6. Durlach 70. Düsseldorf 120. Ehrenfeld 25. Elbing 31. Erlangen 9,05. Essen 23,05. Fernersleben 24,51. Finsterwalde 5,10. Flensburg 332. Frankfurt 50. Frankfurt a. M. 50. Freiburg i. S. 6,80. Gabeln 26,10. Gassen 10. Gelsenkirchen-Erdale 9. Gera 43,15. Gumb. Sächsis. 10. Gotz 11. Greiz 15,55. Großenhain 10,55. Gröden 59,15. Hainholz 23,40. Halle a. S. 35. Hamburg: Selbgießer 42,20, Werftarbeiter 100. Hameln 6,50. Hannover, Klempner 23,45. Harburg 77. Harman 6,80. Helmstedt 16. Kalk 39,50. Karlsruhe: Allg. 20, Klempner 39,45. Kiel 105,65. Landsberg a. d. Warthe 10. Lauenburg 26. Leipzig: G. 200,67, D. 114,05, R. 38. Linden 131,55. Lippstadt 5,25. Lübeck 18. Lübeck 21,80. Ludwigshafen 81. Magdeburg: Alt-Neustadt 32,50, Sudau 75, Neustadt 49,70, Wilhelmshafen 88,91, Feilenhauer 6,55. Mainz 50. Meissen 24,80. Mühlhausen 19,40. Mügeln (von den Arbeitern 2.

- Kummer's Werke) 40,55. Mühlhausen i. Thür.: Allg. 14,70. Schlosser 18. Wülheim a. Rh. 17. München: Mechaniker 10, Schlosser 70, Siebmacher 3, Spengler 25. Münster: 12,60. Neudorf 19. Neumühlen 41,80. Nürnberg: Allg. 106, Klempner 22,05, Reichzeugindustrie 8,50, Schmiede 32,70. Offenbach 40. Oldesloe 37,50. Oschatz 8,15. Osnabrück, Former 16,30. Osterwieck 6. Pöbneck 3,50. Potsdam 6,45. Rabenberg 9. Rathenow, Brillen- und Pincenezarbeiter 20. Regensburg 4,70. Reichenhain 15. Rellingen 6. Pinneberg, von F. R. und U. D. 10. Rendsburg 50,40. Rosenheim 13. Rosslau 3,44. Rostock 61,50 (darunter 10 M. von den dortigen Formern). Saalfeld 19,75. Salungen 5. Sebalbsbrück 4,20. Solingen 13,25. Speyer 19,40. Schmolln 6,75. Schwabach: Allg. 21,75, Feingoldschläger 26. Staßfurt 15. Stettin-G. 25. Straßburg 10. Sträßburg i. G. 16. Stuttgart, Flachner 5. Tegel 28,85. Ulm 10,20. Varel 12. Vegeack 33. Velbert 50. Wald 8,35. Wandsbeck 10,10. Weissenfels 12. Wiesbaden 30. Zeitz 29,55. Zittau 18,30. Zwickau 12. Einzelmitglieder der Hauptkassa: A. R., Burg a. Fehmarn 5,20; M. S., Köffel 1,20. Summa M. 648,83. Hieron bis zum 28. Aug. nach Kopenhagen gef. M. 4000,—. Bestand M. 648,83.

Korrespondenzen.

Selbgießer und Gürtler.

Hamburg. D. M. - S. Sektion der Selbgießer und Gürtler. Mitgliederversammlung am 1. September. Zunächst wurden in dem Protokoll zwei Fehler festgestellt; es soll die gedruckte Statistik nicht unentgeltlich, sondern zum Selbstkostenpreise abgegeben werden.

Metall-Arbeiter.

Jugsburg. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß sich hier ein Agent aus Dänemark aufhält, der Schlosser, Maschinenbauer und Schmiede zu engagieren sucht, um den Ausständigen in den Rücken zu fallen.

Dresden. Die Metallarbeiter von Dresden-Mittstadt hielten am 24. August eine öffentliche Versammlung im Saale des „Arion“ ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Internationales Kämpfe der Metallarbeiter. 2. Bericht der Lohnkommission der Klempner über die Antwort der Innungsmeister. 3. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt hatte Genosse Schhorn das Referat übernommen.

Der Kampf der englischen Maschinenbauer erstreckt sich über 50 000 Arbeiter, die schwer zu ringen haben für den Achtstundentag. 193 Fabriken mit 7000 Arbeitern haben bewilligt, die finanziellen Hilfsmittel sind so, daß die Streikenden wohl auf ein Jahr gesichert sind und daß ein Erfolg der Streikenden wohl nicht ausbleiben kann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen diejenigen Verwaltungen, die während der Aussperrung in Dänemark Mitglieder des „Danak Smede- og Maskinarbejder Forbund“ in den Deutschen Metallarbeiter-Verband haben überreten lassen, umgehend diese Bücher nach hier einzuliefern, damit wir sie mit der Leitung des obigen dänischen Verbandes austauschen können.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungenügend und aufzuhalten:

- 1410 des Formers Heinrich Jäger, geb. zu Freiburg i. S. am 25. Juni 1866. 107287 des Formers Max Köber, geb. zu Mengersdorf i. S. am 13. Oktober 1878. 140499 des Schlossers Friedrich Palmbach, geb. zu Tullinger am 10. August 1879. 145506 des Schlossers Wolf Doh, geb. zu Feuerbach am 1. Mai 1878.

ung des Kartellvorstandes, den Futarbeiterstreik in Dresden betreffend. Hierauf schloß der Vorsitzende die mächtig besuchte Versammlung. Möge das ein Ansporn sein, in unseren nächsten Versammlungen zahlreicher zu erscheinen. Daß wir den Tag der Versammlung gewechselt haben, liegt nur daran, daß alle Sonnabende der „Trianon“ zu Vergnügungen besetzt ist.

Chemnitz. In letzter Zeit macht sich im Bezahlen der Verbandsbeiträge eine große Rauheit bemerkbar. Ich ersuche die Verbandskollegen, Angesichts der Vorommissionen in diesem Jahre, es mit den Pflichten gegen den Verband etwas genauer zu nehmen; denn wenn jemand erst einige Wochen mit seinen Steuern restirt, wird es ihm zu viel, die Reste auf einmal zu bezahlen und zuletzt muß er wegen Steuerrest getrichen werden. Robert Krause, Bevollm.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung der allgem. Verwaltungsstelle vom 21. August. In Nr. 32 brachte die „D. Met.-Ztg.“ eine Notiz, betreffend die Zustände bei Bahnmeyer, hauptsächlich den neugebadenen Drehermeister Herrn Kimpel ein von Nürnberg. In der Mitgliederversammlung vom 7. August erschien nun der Kollege Ullei und verteidigte den Meister K. Unter Anderem verlangte U., daß die Notiz in Nr. 32 für unwahr erklärt werden sollte. Es wurden jedoch die Behauptungen nicht nur vollständig erwiesen, sondern noch so viele Anklagen gegen das Verhalten der Meister sowie der Firma selbst erhoben, daß sich die Ortsverwaltung genöthigt sah, die Sache auf die nächste Versammlung zu vertragen, um noch weiteres Beweismaterial vorzubringen. Das ist auch vollständig gelungen. Ullei mußte nun, da ihm von anderen Kollegen die Wahrheit der Behauptungen bewiesen wurde, wohl zugeben, daß Meister Kimpel in den Versuch gemacht hat, durch Einstellung von Nürnberger Kollegen niedrigerer Löhne hier einzuführen. Herrn Kimpel wurde noch nachgewiesen, daß er überhaupt kein Dreher ist (er hatte früher einen Schnapsauschank) und schon deshalb kein Recht hat, in solcher Weise gegen gelehrte Dreher vorzugehen. Dann wurde noch das Verhalten des Herrn Betriebsingenieurs Sched und der übrigen Meister, Scholz und Schäfer, eingehend erörtert. Herr Sched scheint die Arbeiter nur als Maschinen zu betrachten, denn auf Betreiben dieses Herrn muß eine ungeheure Zahl von Ueberstunden gemacht werden. Auch ist es nichts Seltenes, daß Kollegen, welche bei der Fabrik um Arbeit nachfragen, abgewiesen werden, aber im Zigarrenladen des Herrn Scholz und in der Wirtschaft von Wittwe Blum (der Schwiegermutter des Herrn Scholz), da ist es eher möglich, Arbeit zu bekommen. Herrn Schäfer's Bildung besteht in ausgefuchten Grobheiten. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige eingehende Verhandlung in Sachen Bahnmeyer, bezw. deren Drehermeisters Kimpel, hat nicht nur den Artikel der „Met.-Ztg.“ vom 7. August als der Wahrheit entsprechend ergeben, sondern hat auch festgestellt, daß in der betr. Fabrik noch eine ganze Anzahl Beschwerden gegen das dortige Meistertum vorliegen, wovon die Fabrikleitung keine Kenntnis haben dürfte, z. B. von Meistern betriebener Zigarrenhandel, Wirtschaft und Fahrradreparatur u. dgl. m., und bedarf es gewiß nur des Hinweises an die Fabrikleitung, letzterem Uebelstande abzuhelfen. Dann beschließt die heutige Versammlung, die Sache im Auge zu behalten und zu geeigneter Zeit Schritte zu thun, um die Mißstände zu beseitigen.“

Sebaldsbrück. In der am 29. August hier abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung, welche von der Agitationskommission Bremen einberufen war, referirte Kollege Ballasche-Bremerhaben in beifällig aufgenommenener Weise über den Zweck und Nutzen der Organisation. Redner streifte in seinem Vortrag den englischen Maschinenbauerausschuss, welcher den deutschen Metallarbeitern zum Muster dienen sollte. Der Vortrag gipfelte in der Aufforderung, sich zu organisiren, da dies der beste Weg sei, zu einem besseren Dasein zu gelangen. Kollege Bloch knüpfte an den Vortrag an und forderte die unorganisirten Kollegen auf, sich bei ihm zwecks Aufnahme in den Verband zu melden. Es sprachen sich sodann noch mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus. Es waren auch eine Anzahl Schmiede vom Schmiedeverband aus Bremen erschienen. Kollege Schaaf (Schmied) gibt zu, daß es notwendig sei, sich zu centralisiren (da dies vom Referenten angeregt wurde), aber so lange sich die Schmiede noch selbst über Wasser halten könnten, halte er die Zeit noch nicht für gekommen, sich dem D. M.-V. anzuschließen. — Die Versammlung war leblich gut besucht, allerdings meistentheils von Bremer Kollegen. In Sebaldsbrück, Hemelingen und Hastedt sind annähernd 2—300 Metallarbeiter beschäftigt, aber leider sind davon nur 23 organisiert, resp. gehören der Zahlstelle an. Und von diesen 23 waren 6—8 Mann in der öffentlichen Versammlung. Da muß man wirklich glauben, die Kollegen am Orte leben in rofigen Verhältnissen. Die hiesigen Verbandskollegen werden nun doch wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß es so nicht weiter gehen darf, daß eine kräftige Agitation entfaltet werden muß.

Stralsund. Wegen ausgebrochener Differenzen ist der Fuzug nach der Hogenlampenfabrik von Mack & Holten streng fernzuhalten.

Schmiede.

Nürnberg. Am 29. August fand im Café Merk eine öffentliche Schmiedeversammlung statt. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Arbeiterssekretärs Dorn wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Hufschmiedgewerbe seit dem Streik im Frühjahr besprochen. Es wurde dabei hauptsächlich hervorgehoben, was von dem Ehrenwort oder der Unterschrift mancher Meister zu halten ist, da mehrere Meister, deren Namen genannt wurden, trotzdem sie ihre Unterschrift hergaben, die vereinbarte Arbeitszeit nicht einhalten. Besonders Herr Seng ist es, welcher die Kollegen bis zu 14 Stunden täglich ausbeutet und dabei läßt auch noch die Behandlung viel zu wünschen übrig. Derselbe glaubt wohl, die feithierigen Zustände bei den Schmieden müßten sich auch in's nächste Jahrhundert fortpflanzen. Von den Meistern waren in der Versammlung zwei erschienen, welche betonten, daß diejenigen, welche ihr Verprechen halten, durch das Verhalten der wortbrüchigen Meister geschädigt seien, daß sie in ihrer Vereinigung jedoch die Empörung nicht zu Stande brächten. Sie klagten vielmehr, daß manche Meister das Geschäft geradezu ruinierten. Es wird deshalb auch ferner Aufgabe der Gehilfenorganisation sein, das Er-

zungen aufrecht zu halten und Mittel und Wege zu schaffen, daß bei sämtlichen Meistern die Arbeitszeit eingehalten wird. Dazu ist es aber notwendig, daß sich sämtliche Kollegen der Organisation anschließen und die Versammlungen besuchen, denn gerade in denjenigen Werkstätten ist es am schlechtesten, wo die Gesellen aus Unverstand oder Eigensinn sich der Organisation fern halten. Ferner ist zu bemerken, daß auch in den Fabriken viel zu wünschen übrig bleibt; namentlich in der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (vormals Schudert), wo seit neuerer Zeit mehrere Feuer eingetrichtert wurden, wird über geringen Lohn und inhumane Behandlung seitens der Meister geklagt. Es ist dort schon vor gekommen, daß ein Vorarbeiter handgreiflich gegen einen Feuerschmied wurde.

Feilenhauer.

Erfurt. Da wir in Erfurt einen Verein gegründet haben, so ist das Umschauen strengstens untersagt. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei Kollege Funze, Bachsgasse 7, in der Zeit von 12—1 Uhr Mittags und 1/28—1/29 Uhr Abends. Verkehrslokal und Herberge zum „Deutschen Bund“, Birschlachufer. Nähere Auskunft bei J. Seczmionka, Neuegasse 39.

Halle a. S. Am 21. August fand in Faulmann's Lokal unsere Mitgliederversammlung statt, in welcher Stellung zu den Sonderbestrebungen genommen wurde, die gegenwärtig wieder von Berlin und Hamburg aus verfolgt werden. Der Bevollmächtigte verlas einen Brief aus Berlin, in welchem scharf über den Metallarbeiter-Verband hergezogen wird. So wird, um den wahren Werth des Briefes zu zeigen, die Verschmelzung mit dem Berliner Lokalarbeiter Deutschlands aufgeföhrt. — Nach längerer Debatte gelangte die Versammlung zu dem Beschluß, im D. M.-V. zu verbleiben, weil die Mehrzahl der Kollegen der Ansicht war, daß durch solche Sonderbestrebungen die Zersplitterung nur noch größer werde. — Das Umschauen in Halle a. S. und Umgegend ist verboten und befindet sich unser Arbeitsnachweis bei W. Faulmann, Gartenstraße 7, woselbst jeder durchreisende organisirte Kollege ein Entgegengeld von 50 J. erhält.

München. Am 4. September fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Stellung genommen wurde zu der Aufforderung von Seite der lokalorganisirten Feilenhauer, einen Kongreß der Feilenhauer Deutschlands zu beschicken, der den Zweck haben soll, eine eigene Berufszentralisation der Feilenarbeiter zu gründen. In der Diskussion erklärten sämtliche Redner, daß sie entschieden Gegner dieser Sonderbestrebungen seien, welche nur eine Zersplitterung in unseren Reihen hervorrufen, nicht aber eine einheitliche Organisationsform der Feilenarbeiter zu schaffen vermögen. Insbesondere muß das Vorgehen der Berliner Kollegen bedauert werden, nachdem erst vor Kurzem die Berliner Metallarbeiter sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen und jetzt schon die Kollegen bereit sind, diesen Rückschritt zur Fachzentralisation zu machen. Von der sehr gut besuchten Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute tagende, zahlreich besuchte Versammlung der Feilenhauer und Schleifer Münchens erklärt, dem Bestreben der lokalorganisirten Feilenhauer nicht stattzugeben, sondern auch in Zukunft in Mitgliedschaft des D. M.-V. zu bleiben, indem wir die Lokalorganisation längst hinterm Rücken haben und überzeugt sind, daß unsere allgemeinen Interessen im Deutschen Metallarbeiter-Verband am besten gewahrt sind.“ — Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich beim Bevollmächtigten J. Vogl, Sendlingerstr. 80, IV, an dem auch alle Zuschriften zu adressiren sind.

Wien. Seit Wochen stehen die Feilenarbeiter Wiens im Ausstand, sie führen den Kampf gegen die Unternehmer, die die Organisation zerstören und den Arbeitsnachweis nicht anerkennen wollen. Die Wiener Meister hätten keine Ursache, sich gegen die Organisation der Arbeiter aufzulehnen. Der Konkurrenz, der sie von Seite der kapitalistischen Großunternehmer ausgesetzt sind, gesellte sich noch die der kleinen Unternehmer zu. Strenge Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie von den organisirten Arbeitern angestrebt wird, allein würde diese letztere Erscheinung unmöglich machen. Die Preise für Aufspanneisen sind rapid gesunken. 20 bis 30, auch 45 Prozent werden von den Tarifpreisen gegeben. In Wien bestehen gegenwärtig 36 Feilenhauereien. Fünf Betriebe beschäftigen keine Gehilfen, nur Lehrlinge; vier Betriebe beschäftigen je einen Gehilfen und zusammen sechs Lehrlinge; sieben Betriebe beschäftigen zwei bis fünf Gehilfen und 37 Lehrlinge; zehn Betriebe beschäftigen 92 Gehilfen und 29 Lehrlinge. Die Löhne stehen im Vergleich zur Kräfte-Aufwendung in keinem Verhältniß. Der durchschnittliche Wochenverdienst, der 1873 13 fl. 35 kr. und im Jahre 1883 noch 12 fl. 14 kr. betrug, sank im Jahre 1895 auf 10 fl. 91 kr. und im Jahre 1897 auf 10 fl. 54 kr. Seit 1883 sank also der Lohn stetig, und die Ursache hievon liegt in der Akkordarbeit sowie in dem Rückgang der Feilenlänge. Im Jahre 1895 standen von sämtlichen Feilenhauern 65 Prozent im Akkord, 35 Prozent im Wochenlohn. Im Jahre 1897 standen im Akkord 87 Prozent, und 13 Prozent im Wochenlohn. Die Werkstättenräumlichkeiten entsprechen nicht im geringsten den hygienischen Anforderungen. Von 36 Werkstätten sind zwölf in Kellern untergebracht, während in 20 Werkstätten die Raumverhältnisse derartig beschränkt sind, daß sie Höhlen ähnlich sind. Die Gesundheitsverhältnisse der Feilenarbeiter sind auch außerordentlich traurig. Die Feilenarbeiter müssen daher für die Verbesserung ihrer Lage eintreten, und eine Versammlung, die Sonntag, den 29. August stattfand, hat weitere diesbezügliche Beschlüsse gefaßt. Der Streik wird weiter geführt.

Aufruf an die Verwaltungsstellen der Prov. Sachsen und des Herzogth. Anhalt!

Werthe Kollegen!

Auf den Aufruf, den ich in Nr. 27 unseres Organs veröffentlichte, haben mir fast sämtliche Orte brieflich mitgeteilt, daß sie eine Konferenz beschicken wollen. Nur an einigen Orten finden sie die Kollegen zwecklos. Um nun dem

Wunsche der Mehrzahl der Verwaltungsstellen nachzukommen, berufe ich auf Sonntag, den 26. September, nach Dessau eine Konferenz mit folgender Tagesordnung ein:

- 1) Situationsbericht der Delegirten.
- 2) Weshalb besteht in unserem Bezirk kein Agitationskomitee?
- 3) Wahl des Vorortes und eines Vertrauensmannes.
- 4) Verschiedenes.

Es bleibt jeder Verwaltungsstelle überlassen, die Zahl der Delegirten, welche sie senden will, selbst zu bestimmen. Die ev. Delegirten werden ersucht, Morgens 9 Uhr in Dessau zu sein.

Mit kollegialem Gruß

Karl Bettendorfe,
Bernburg, Uhlenstraße 40.

Den Verwaltungsstellen des Agitationsbezirks Karlsruhe

zur Nachricht, daß Kollege Maier abgereist ist. Es sind nun Briefe und Sendungen an Unterzeichneten zu richten. Karlsruhe, 5. September 1897.

Das Agitationskomitee in Karlsruhe:
Gottlieb Bürtlin, Uhlandstr. 14, V.

Vermischtes.

Vom Flensburger Werftarbeiterstreik gibt das Gewerkschaftskartell in Flensburg die Abrechnung bekannt. Im Ganzen sind M 101 072,15 verausgabt; davon entfallen auf die

| | |
|------------------------------------|-----------|
| Werftarbeiter im Allgemeinen | 75 895,89 |
| An Mitglieder des Metallarb.-Verb. | 6 797,89 |
| „ „ der Holzarbeiter | 2 524,50 |
| „ „ „ Schiffszimmerer | 5 156,07 |
| „ „ „ Formner | 5 000,— |
| „ „ „ Schmiede | 4 641,60 |
| „ „ „ Kupferschmiede | 1 058,40 |

Summa 101 072,15

Die zuletzt genannten Branchen haben ihre Beiträge selbst bezw. aus ihren Organisationsklassen bestritten, während die erstere Summe, abgesehen von M 22 000 Darlehen, zumieist durch Sammlungen usw. aufgebracht wurde.

Der englische Arbeitsmarkt hat nach den Meldungen, die das Arbeitsamt (Labour-Departement) in der „Labour Gazette“ veröffentlicht, im Monat Juli den gleichen guten Stand aufzuweisen gehabt, als im vorhergehenden und ist als noch besser zu bezeichnen, als im gleichen Monat des Vorjahres. Dabei ist allerdings der gegenwärtige Kampf im Maschinengewerbe unberücksichtigt geblieben, und die nachstehenden Zahlen, soweit sie sich auf die Arbeitslosen beziehen, schließen die durch denselben in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter aus.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug bei den 118 Gewerkschaften, welche für den Monat Juli Berichte an das Arbeitsamt ein sandten, und die über eine Mitgliederzahl von 465 561 verfügen, 12 371 oder 2,7 Prozent gegen 2,1 Prozent im Juli 1896. Für diese Periode hatten 108 Gewerkschaften mit 427 441 Mitgliedern sich an den Erhebungen beteiligt; im Juni 1897 war der gleiche Prozentsatz der Gewerkschaftler als arbeitslos gemeldet.

Neue Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wurden gemeldet 65, bei denen 46 539 Arbeiter beteiligt waren, gegen 66 Konflikte mit 15 871 im Juni und 85 mit 19 000 im Juli 1896. 16 Konflikte betrafen das Baugewerbe, 12 die Bergbau- und Steinbruchindustrie, 9 die Maschinen- und Schiffsbau-Industrie, 4 andere Metallbranchen, 4 die Textil-, 3 die Bekleidungsindustrie, 4 das Transport- und 13 verschiedene andere Gewerbe. Von den 79 alten und neuen Konflikten mit 12 380 Arbeitern, welche im Monat Juli als beigelegt gemeldet wurden, endeten 85 mit 2429 Arbeitern erfolgreich für diese, 19 mit 4829 theilweise erfolgreich und 25 mit 5122 erfolglos.

In den Veränderungen der Lohnhöhe waren 32 200 theilhaftig, die mit Ausnahme von 700 eine Lohn-erhöhung erreichten; die durchschnittliche Erhöhung betrug pro Kopf und Woche 1 Schilling. Nur bei 3100 Arbeitern war die Erhöhung des Lohnes durch Streik erzwungen worden; 20 000 hatten sie erreicht unter der gleichenden Lohnskala; der Rest erhielt sie durch Vergleich, Schiedspruch zc.

Das Vereins- und Verkehrslokal des deutschen Arbeitervereins „Vorwärts“ in Kopenhagen befindet sich jetzt im Restaurant Christensen, Kompagniestraede 21. Neben den politischen deutschen Parteizeitungen liegen auch verschiedene Gewerkschaftsblätter, u. A. auch die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ aus. Jeden Sonnabend Abends 8 Uhr findet daselbst Versammlung statt, zu welcher Gäste stets willkommen sind.

Litterarisches.

Der Streik der Hafnarbeiter und Seeleute in Hamburg. Darstellung der Ursachen und des Verlaufes des Streiks, sowie der Arbeits- und Lohnverhältnisse der im Hafenerkehr beschäftigten Arbeiter von C. Regien. Mit einer Karte des Hamburger Hafens. Zweite Auflage. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. (C. Regien, Hamburg 6.) Preis 30 J. Die Schrift ist in der zweiten Auflage um einen Bogen vergrößert worden und umfaßt jetzt acht Bogen. Es ist eine gekräftigte Schilderung der Vorgänge nach dem Streik, der Verhandlungen vor der Senatskommission und die Abrechnung der Streikkommission dargestellt, welche der Streik auf die Bewegung der Hafnarbeiter und die Arbeiterbewegung Hamburgs ausgeübt hat.

In freien Stunden. Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts) Preis pro Heft 10 J., enthält in Nr. 34 und 35 Der Kampf um die Scholle von Elise Orzesko (Fortsetzung). — Trintgeld neuer Art (Eine Sommergeschichte). — Lore (Eine Skizze). — Dies und Jenes (Feuilletonistische und kulturhistorische Skizzen). — Wit und Scherz.

Der Verlag von W. Ernst in München versendet den Katalog über die bisher erschienenen Bände der „Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze“. Wir

machen auf diesen trefflich unterrichtenden Katalog alle Freunde aufklärender Literatur, insbesondere die Vereins- u. Bibliothekare aufmerksam. Derselbe ist in jeder Buchhandlung, auch direkt von... Verlage in München frei und unentgeltlich zu erhalten.

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-V. richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverband angeben zu wollen, welche nicht so vielen Veränderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der stets größer werdenden Auflage würden stabile Adressen den Zeitungsverband wesentlich erleichtern. Ferner ersuchen wir, alle Veränderungen so zeitig abzugeben, daß wir sie noch am Freitag erhalten.

Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Wegen der am Sonnabend, 11. Septbr., stattfindenden öffentlichen Versammlung fällt unsere Versammlung aus. Bücherausgabe findet statt.

Altona. Montag, 18. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Christianten, Blumenstr. 41.

Angsburg. Samstag, 11. Sept., Abds. 8 Uhr, im „Blauen Bod“.

Bamberg. Samstag, 18. Sept., Abds. 9 Uhr, in der „Hofenhalle“.

Barmbeck. Dienstag, 18. Sept., Abds. 9 Uhr, im Lokal, Ecke der Schützen- und Bachstraße (H. Fiedler). Vortrag. Der Zusammenschluß der Sektionen. Kartellbericht. Halten wir ein Wintervergnügen?

Braunschweig. (Sektion der Schlosser, Maschinenbauer u. d. B.) Sonnabend, 11. Sept., Abds. halb 9 Uhr, in der „Englischen Krone“, Schternstr. 42. Vortrag: Die Arbeitszeit in den Fabriken.

Bremen. Sonnabend, 18. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im Vereinshaus.

Büdeland. (Sektion der Formner.) Am 18. Sept., Abds. 8 Uhr, bei H. Ehlers, Neu-Büdeland.

Cannstatt. (Allg.) Samstag, 11. Sept. im Lokal.

Düsseldorf. (Sektion der Dreher.) Samstag, den 18. Sept., Abds. 9 Uhr, bei Bremer, Zimmermannstr.

Essenfeld. Unser Verkehrslokal befindet sich bei Herrn Jungbluth, Rothemannstr. 5. Die Sitzungen finden jeden Samstag Abend 9 Uhr daselbst statt.

Erfurt. Sonnabend, 11. Sept. Wahl eines Bevollmächtigten. Abrechnung vom Stiftungsfest. — Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Erfurt. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 11. Sept., im „Alten Schwan“. Vortrag. — Die Mitgliedsbücher sind behufs Revision mitzubringen.

Fischerwalde. Sonnabend, 18. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Deutschen Haus“.

Frankenthal. Samstag, 11. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Griesinger (oberer Saal). Vortrag.

Gießen. Freitag, 17. Sept., Abds. halb 9 Uhr.

Göppingen. Samstag, Abds. 8 Uhr, in den „Dreiwäg“. Beratung über Abhaltung einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung.

Halle a. S. (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 18. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Paulmann, Gartenstr. 7.

Hamburg. (Sektion der Selbsteier, Gärtler usw.) Mittwoch, 15. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Duffmacherei 6-7.

Hamburg. (Sektion der Werftarbeiter.) Dienstag, den 21. Sept., Abds. halb 9 Uhr, in der „Concordia“, Lange Reihe, St. Pauli.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 18. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Antzke.

Karlsruhe. (Sektion der Bauhölzer.) Samstag, 11. Sept., Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“.

Karlsruhe. (Sektion der Blechner und Zupfhalter.) Samstag, 11. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im „Gold. Kreuz“, Ludwigplatz.

Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 11. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im „Mitter“.

Leipzig. Sonntag, 12. Sept., Nachm. 3 Uhr, in Asperg in der „Krone“. Vortrag des Kollegen Goldstein über: Kapital und Arbeit.

Mühlhausen i. Thür. Sonnabend, 11. Sept., Abds. halb 9 Uhr, in Herrings Lokal. Zweck und Ziele der Gewerkschaftskarteile. Wahl von zwei Delegierten zu denselben. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen und die geliehenen Bibliotheksbücher abzuliefern.

Mühlhausen i. Thür. (Sekt. der Schlosser.) Sonnabend, 11. Sept., im neuen Vereinslokal „Burgkeller“.

Münster. (Sektion der Schmiede u. d. B.) Samstag, 18. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im „Jannertal“. Stellungnahme zur 2. norddeutschen Metallarbeiterkonferenz.

Nürnberg. Am 18. Sept., Abds. 9 Uhr, bei Herrn Satint. — Die Mitgliedsbücher sind behufs Revision mitzubringen.

Nürnberg. (Sektion der Eisenhauer.) Sonnabend, 18. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Reiffel, Jägerstr. 14.

Regen. Sonnabend, 18. September, bei Schneider, Feldstraße 34.

Randebek. Am 15. Sept., bei Damske (Central-herberge), Sternstr. 27.

Regensburg. Sonntag, 19. Sept., Nachm. 3 Uhr, im „Schützenhaus“ Stiftungsfest, bestehend in Konzert und Tanz. Die anwesenden Festhellen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Regensburg. (Sektion der Schlosser, Maschinenbauer u. d. B.) Zeitungsbekämpfer sind an Kollegen Rob. Ortel, Hofenplatz 20, zu richten.

Regensburg. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß das Vereinslokal und die Herberge sich bei Weininger

(„Stuttgarter Hof“) befinden. Die Kollegen werden ersucht, dasselbe zu frequentieren.

Nürnberg. (Sektion der Formner.) Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: Wilh. Breitschuß, Glashammer b. Abg., Gasthaus zum „Gold. Engel“, Turmstr.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihren Wohnungswechsel der Verwaltung besser bekannt zu geben. — Adresse des Bevollmächtigten: H. Brunner, Hehnestr. 8; des Kassirers: Heinr. Diez, Langeasse 15.

Portmund. Mitglieder, welche acht Wochen und länger im Besitz von Bibliothekbüchern sind, werden aufgefordert, dieselben innerhalb 14 Tagen beim Bibliothekar abzuliefern, andernfalls die Namen veröffentlicht werden. — Wer über den Aufenthalt des Nieters Albert Kasper, geb. zu Halle a. d. S. am 19. August 1856, eingetr. am 12. Nov. 1894 zu Sameln, Auskunft geben kann, wird gebeten, dessen Adresse an H. Heer, Hehnestr. 5a zu senden.

Quisburg. Arbeitsnachweis der Feilenhauer für Duisburg, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Hamborn und Ruhrort bei H. Küpper, Klosterstr. 11. Schriftliche Anfragen in Sachen des Arbeitsnachweises an Georg Jacob, Heerstr. 209. Umschauen strengstens verboten.

Karlsruhe. Der Schlosser Jakob Schmelzer aus Dornstetten (Württemberg) wird ersucht, seine Adresse umgehend an die Sektion der Bauhölzer dahier einzufenden.

Nürnberg. (Sektion der Flaschner.) Der Arbeitsnachweis der Flaschner befindet sich im „König von England“ und ist an den Werktagen von 7-8 Uhr Abends und Sonntags von 10-11 Uhr Vorm. geöffnet.

Gestorben.

Am 3. Sept. in Pforzheim: der Blechner Jakob Fink von Kleinfeinbach, 24 Jahre alt; der Schlosser Aug. Metz von Geradstetten, 21 Jahre alt, v. de am Typhus.

Öffentliche Versammlungen.

Beraburg. Sonnabend, 18. Septbr., Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung im Verbandslokal.

Hamburg. Sonntag, 19. Sept., Vorm. halb 11 Uhr, öffentliche Versammlung der Werftarbeiter bei Lütze, Valentinstamp. Die Unfallverhütungsvorschriften. Referent: Wolfenbühr.

Linden. Sonntag, 12. Sept., Nachm. 4 Uhr, öffentliche Feilenhauer-Versammlung bei Furhof, zur „Neuen Welt“.

Schramberg. Samstag, 11. Sept., Abds. 8 Uhr, im „Mühle“, Kartellversammlung.

Stuttgart. Samstag, 11. Sept., Abds. 8 Uhr, bei Boll, Hauptstätterstr. 106, öffentliche Versammlung der Gärtler, Schleifer, Metalldrücker, Galvanisierer u. d. B. Gründung einer selbstständigen Sektion.

Privat-Anzeigen.

Ein mit allen Kesselfenerungen vertrauter, tüchtiger Feiler sucht sofort Stellung. Zeugnisse stehen zu Diensten. Näheres durch die Exped.

Wegen Regelung einer Erbschaft bitte ich um Mitteilung des Aufenthaltes meines Bruders, des Formners Fritz Heubert, geb. am 19. November 1848 in Rothenburg a. S. Carl Heubert, Bäckermeister, Seeben u. Halle a. S.

Erfinde den Formner Otto Häuperl, mir umgehend seine Adresse mitzuteilen. Kollegen ersuche ich, den H. auf Obiges aufmerksam zu machen.

310] H. Häuperl, Braunschweig, Rünningerstr. 71.

Einen Feilenhauergesellen sucht sofort Robert Schmied, Feilenhauerstr., Eisleben.

Suche sofort einen tüchtigen Gesellen als Klempner und Installateur bei dauernder Beschäftigung.

Judolf Rieth, Klempner u. Installationsgeschäft, 309] Remscheid, Feld 42.

Formner-Gesuch.

Für meine Eisengießerei suche ich für dauernd 1-2 tüchtige Formner bei hohem Lohn od. Wochenlohn.

306] Louis Langer, Simbach u. Chemnitz.

Ein Messerschmied gesucht bei dauernder Arbeit und gutem Lohn.

305] Emil Len, Messerschmiedmstr., Waldheim i. S.

Ein tüchtiger Feilenhauergeselle findet dauernde Arbeit.

305] W. Böcker, Feilenhauer, Sameln a. d. Weiser.

Ein Feilenhauergeselle auf kleine Arbeit wird gesucht.

311] Otto Ulrich, Quedlinburg.

Ein tüchtiger Schlichtfeilenhauer wird sofort gesucht. Reize wird vergütet.

303] Eduard Schmidt, Böllingen a. d. Saar.

Eine komplette Einrichtung für einen Selbsteier ist sofort billig zu verkaufen.

304] Fr. Röder, Hof i. Bay., Ludwigstr. 22.

Gesucht auf sofort ein im Garten daraus tüchtiger, junger Feiler. Bei zufriedenerleiender Leistung event. Lebensstellung. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an die

304] Feilenfabrik von E. Zuchs in Seeßemünde.

Schleifer

für neu eingerichtete Dampfeschleiferei (Feilen und Werkzeug) in nächster Nähe von Karlsruhe zu sofortigen Eintritt gesucht. Bei zufriedenerleiender Leistung ist die Stelle eine dauernde und gut bezahlte. Gef. Offerte erbitte unter

305] an die Exp. d. Z. [300]

Eine gute Klempnerwerkstatt ist in Leipzig wegzugehen sofort zu verkaufen. Offerte unter „Klempnerwerkstatt“ an die Exp. d. Z. [294]

Meine seit 28 Jahren in einer industriereichen Stadt Thüringens bestehende Feilenhauereiwerkstatt beabsichtige ich wegen Uebernahme des Eisenwarengesch. zu verpachten u. das in gutem Zustande befindliche Feilenhauereiwerkzeug und die vorhandenen Materialien billig zu verkaufen. Off. unter F. G. 300 an die Exp. d. Z. [301]



Quittungsmarken, Rabattmarken, Kartonschukstempel, sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth Konrad Müller, Schkeuditz-Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis!

für Bibliotheken sowie zum prakt. Gebrauch für Dreher und Schlosser.

Prakt. Berechnungen der Verstellung von Support und Reichtod zur schnellen Anfertigung konischer Arbeiten auf der Drehbank und Hobelmaschine. 58 Abb. 1 Tabelle. M. 1,80. — Messingstäbe zum Abmessen des Supportumdrückungsmahes M. — 50. Diese Stäbchen können in die genaue Rundung der Supportflanschen gebogen werden und sind auch zu anderen Abmessungen prakt. zu verwenden. — Prakt. Selbstunterricht im Berechnen der Wechselräder beim Gewindefschneiden 40 Abb., 36 Tab., 11. Aufl. M. 1,35. — Räder-skala für Whitworth- u. Gasgewinde zum Werkstattdruck. M. — 15. — Vortrag über Gewindefberechnung M. — 30. — Feiler Gewindeflehre für 70, 80, 55 u. 45°. M. — 80. — Besonders empfehle noch elektrotechnische und fachwissenschaftliche Werke zur Anschaffung u. stelle Kataloge kostenfrei zur Verfügung. Prospekte auf obige Artikel stehen stets zu Diensten.

Preise verstehen sich gegen Einsendung des Betrages od. Nachnahme. Bei Partiebezug Preisermäßigung. Die Schriften sind auch durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Um gütige Berücksichtigung bittet Aug. Loss, Giebichenstein-Gasse a. J.

Erstienen: Taschenbuch für Dreher und Schlosser von R. Richter, Werkmeister. 5. Auflage. Viele Abtheilungen, 200 Seiten stark. Viele Abbildungen. Preis geb. Mk. 2,60. Mehr als 10 000 Exemplare verkauft. Bei Fracht-Einsendung des Betrages von Mk. 2,80 zu beziehen durch den Verleger: Paul Schultze's Buchhandlung, Landeshut, Schlesien. Verzeichn. technischer Bücher gratis. [280]

Das Formerpinselverhandlgsgeschäft von H. Weiland, Fürstenwalde (Spree), Promenadenstr. 53, bringt seine vorzüglichsten Pinsel bei herabgesetzten Preisen in empfehlende Erinnerung. Nr. 3:0 2/0 0 1 2 3 4 5 & Dhd. 0,85 1,35 2,— 2,50 3,50 4,25 5,60 8,— Mk. Nr. 6 7 8 & Dhd. 9,50 12,60 14,50 Mk. Breite Pinsel 25 35 50 65 80 90 mm & Dhd. 4,20 5,— 7,— 10,— 12,— 15,— Mk. Zahlreichen Bestellungen entgegennehmend, zeichnet Hochachtungsvoll H. Weiland. [282]

Fachschriften u. Lehrbücher für Handwerker u. Gewerbetreibende. Kataloge gratis u. franko. J. D. H. SASSENBACH, Bücher-Versand BERLIN. [146]

Als Broschüre ist erschienen: Das Unterstützungswesen der Gewerkschaften insbesondere die Arbeitslosen-Unterstützung und deren Einführung im Deutschen Metallarbeiterverband. Rede von Martin Segitz auf der dritten ordentlichen Generalversammlung des D. M.-V. zu Braunschweig am 21. April 1897. 36 Seiten. Preis 10 A., in Partien von mindestens 10 Exemplaren 5 A. pro Exemplar, gegen vorherige Einsendung des Betrages. — Einwaiger Ueberschuß fließt in die Kasse des D. M.-V. Bestellungen und Geldsendungen werden an J. Scherm, Nürnberg, erbeten.